
10

Siegfried H. Schmidt

**Beschäftigung von Hochschulabsolventen
im öffentlichen Dienst in Bayern**

Siegfried H. Schmidt

Beschäftigung von Hochschulabsolventen
im öffentlichen Dienst in Bayern

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
1. Problemstellung, Zielsetzung und Methode der Untersuchung	15
1.1 Problemstellung	15
1.2 Zielsetzung	17
1.3 Methodisches Vorgehen	19
2. Entwicklung der Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern	20
2.1 Allgemeine Entwicklung der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern..	20
2.2 Entwicklung der qualifikationsspezifischen Struktur des Beschäftigungssystems	24
2.3 Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen	26
2.4 Altersstruktur und altersabhängige Erwerbstätigkeit der Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen	28
2.5 Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen	30
3. Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern	37
3.1 Die Bedeutung und der Stellenwert des öffentlichen Dienstes als Beschäftigungsträger im Rahmen der Gesamtbeschäftigung	37
3.2 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur der im öffentlichen Dienst Beschäftigten	40
3.3 Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (im höheren und im gehobenen Dienst)	41
3.4 Entwicklung der Anzahl der Hochschulabsolventen nach Besoldungs- und Laufbahngruppen	45

Zusammenfassung der Ergebnisse

3.5 Aufgabenbereiche der Hochschulabsolventen	49
3.6 Die Ausbildung der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst nach Fachrichtungen	52
3.7 Die Beschäftigung von weiblichen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst	55
3.8 Altersstruktur der Hochschulabsolventen	58
3.9 Teilzeitbeschäftigung bei Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst	62
4. Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich	67
4.1 Die Problematik der Vergleichbarkeit statistischer Unterlagen über die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich ..	67
4.2 Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in ausgewählten Ländern	69
4.3 Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst	71
4.4 Bewertung der gefundenen Beschäftigungssituationen im Vergleich zu der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern	75
5. Beurteilung der Bedarfsentwicklung bei Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (ohne Bildungswesen)	77
5.1 Darstellung und Bewertung der bedarfswirksamen Faktoren	77
5.2 Ermittlung des Ersatzbedarfs von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst	81
5.3 Bewertung und künftige Entwicklung des gesamten Ersatzbedarfs an Hochschulabsolventen in Bayern unter Berücksichtigung des steigenden Angebots an Hochschulneueabsolventen	83
6. Schlussfolgerungen	88
7. Anhang: Tabellen 1 - 29	95

1. Die Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit die größte Beschäftigungs- und Arbeitsmarktkrise der Nachkriegszeit. Bei zunehmendem Arbeitskräfteangebot ist die Zahl der Arbeitsplätze rückläufig; im Jahr 1984 waren über 2,2 Mio Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Auch in Bayern haben sich die wirtschaftlichen Schwankungen auf das Beschäftigungsniveau ausgewirkt, wenngleich hier die Gesamtbeschäftigung im Zeitraum 1970 bis 1982 leicht zunahm. Mit einer Arbeitslosenquote von über 6 % im Jahr 1983 war Bayern im Vergleich zu anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland noch wenig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst hingegen ist sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Bayern seit 1970 erheblich gestiegen, wenn auch in den letzten Jahren die Zuwachsraten deutlich niedriger geworden sind. Im Jahr 1982 war jeder siebte Erwerbstätige im öffentlichen Dienst beschäftigt.

2. Als Folge der Bildungsexpansion wurde in der Vergangenheit eine wesentliche Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen erzielt. Besonders deutlich wird dies durch den starken Anteilrückgang der ohne Ausbildungsabschluß beschäftigten Erwerbstätigen. Der Drang zum höheren Ausbildungsniveau wird vor allem auch durch die Beschäftigungszunahme von Absolventen mit einer Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Fachhochschule bestärkt.

Im Gegensatz zur allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung stieg die Zahl der Arbeitsplätze für Hoch-

schulabsolventen trotz der bestehenden Arbeitsmarktkrise erheblich an. Die Zahl der erwerbstätigen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland verdoppelte sich von 0,8 Mio im Jahr 1961 auf 1,6 Mio Beschäftigte im Jahr 1982. In noch stärkerem Umfang hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Fachhochschulabschluß erhöht; hier fand die Verdoppelung innerhalb der letzten 10 Jahre statt. Mit 2,3 Mio. Akademikern waren im Jahr 1982 8,6 % der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland an einer Hochschule ausgebildet.

Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst

3. Etwa zwei Drittel (68 %) der Universitätsabsolventen und mehr als ein Drittel (38 %) der Fachhochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 1982 im öffentlichen Dienst beschäftigt. Diese hohen Anteile haben sich in der Vergangenheit nur leicht verändert; bereits im Jahr 1970 waren 65 % aller erwerbstätigen Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen im öffentlichen Dienst tätig.

In Bayern lag dieser Anteil etwas niedriger: Etwa 60 % der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und etwa ein Drittel der Fachhochschulabsolventen waren im öffentlichen Dienst erwerbstätig.

Wie ein internationaler Vergleich in ausgewählten EG-Ländern zeigt, besitzen die Bundesrepublik Deutschland wie auch Bayern weder einen besonders hohen Anteil von Hochschulabsolventen im Gesamtschäftigungssystem, noch ist eine erhebliche Abweichung zum Beschäftigungsniveau im öffentlichen Dienst festzustellen; dies gilt sowohl für die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen als auch von Fachhochschulen.

In Bayern waren im Jahr 1982 im öffentlichen Dienst insgesamt 0,2 Mio Hochschulabsolventen beschäftigt; davon sind etwa 160 000 an wissenschaftlichen Hochschulen und etwa 40 000 an Fachhochschulen ausgebildet.

Nach wie vor stellen die Lehrer im Schulbereich sowie das wissenschaftliche Personal der Hochschulen den weitaus größten Teil der im öffentlichen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen. Derzeit sind in Bayern etwa 110 000 Hochschulabsolventen im Bereich Bildung und Wissenschaft tätig.

Die expansive Phase der Personalpolitik im öffentlichen Dienst hat vor allem Anfang der 70er Jahre stattgefunden; allein im Zeitraum 1970 bis 1975 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 29 % und in Bayern 21 % zusätzliche Lehrkräfte eingestellt. Seit 1978 hingegen wurden für Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen vergleichsweise nur noch wenige neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit haben der sinkende Personalbedarf vor allem im Lehrerbereich, aber auch die restriktive Haushaltspolitik bereits auf die Beschäftigungsentwicklung Einfluß genommen.

4. Ein Hauptziel dieser Untersuchung war es, die Entwicklung der Zahl der außerhalb des Bildungswesens beschäftigten Hochschulabsolventen in Bayern darzustellen und deren arbeitsmarktrelevante Größenordnung zu bestimmen. Außerhalb des Bildungswesens waren etwa 24 000 Hochschulabsolventen im höheren und 68 000 Hochschulabsolventen im gehobenen Dienst tätig. Derzeit wird somit jeder fünfte Absolvent wissenschaftlicher Hochschulen und jeder dritte Fachhochschulabsolvent im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens beschäftigt.

Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungsbereichs in Bayern

5. Hochschulabsolventen sind außerhalb des Bildungswesens in allen Bereichen des höheren und gehobenen Dienstes beschäftigt, wobei folgende Haupteinsatzgebiete festzustellen sind: Etwa die Hälfte der Hochschulabsolventen außerhalb des Bildungswesens ist in der politischen und zentralen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit und im Rechtsschutz tätig. Dies gilt sowohl für die Beschäftigungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Bayern. Vor allem Juristen sind hier als Richter, Staatsanwälte und höhere Verwaltungsbeamte, aber auch als in der Ausbildung befindliche Rechtsreferendare beschäftigt.

Ein weiteres Hauptaufgabengebiet stellt das Gesundheitswesen dar, wobei hier vor allem Ärzte im Krankenhausbereich eingesetzt sind. Das Krankenhauswesen ist in Bayern strukturell etwas stärker ausgebaut als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland; dies macht sich in einem etwas höheren Anteil der in diesem Bereich des höheren Dienstes arbeitenden Hochschulabsolventen bemerkbar.

Auch im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist der Beschäftigtenanteil leitender Beamter und Angestellter in Bayern - infolge der Strukturbedingungen eines Flächenstaates - wesentlich höher als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Neben der Beschäftigung beim Freistaat Bayern und bei den Kommunen waren Hochschulabsolventen als Beamte und Angestellte auch im Bundesdienst tätig; im Jahr 1982/83 waren etwa 4 000 Hochschulabsolventen im höheren Bundesdienst und 21 000 Hochschulabsolventen im gehobenen

Aufgabengebiete der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens

Bundesdienst beschäftigt. Haupteinsatzbereiche waren hierbei die Bundesbahn und die Bundespost.

6. Betrachtet man die Altersstruktur der im höheren und gehobenen Dienst Beschäftigten, ist eine deutliche Verjüngung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen festzustellen. Eine derartige Verschiebung der Altersstruktur hat zur Folge, daß viele der bestehenden Arbeitsplätze lange Zeit besetzt bleiben und der Ersatzbedarf gering sein wird. Aus dem Rahmen fällt lediglich die geringe Besetzung der Altersklasse unter 30 Jahre. Dies ist vornehmlich auf die Beschäftigung von Ärzten und Juristen zurückzuführen, die eine lange universitäre Ausbildung absolvieren müssen. Auch könnte die restriktive Haushaltspolitik bereits Einfluß auf die Einstellung jüngerer Hochschulabsolventen genommen haben.

7. Weibliche Hochschulabsolventen wurden bisher überwiegend im Bildungswesen beschäftigt; außerhalb des Bildungswesens waren Frauen sowohl im höheren wie auch im gehobenen Dienst erheblich unterrepräsentiert.

War im Jahr 1968 nur jeder zehnte Bedienstete im höheren und gehobenen Dienst eine Frau, erhöhte sich dieser Anteil zwar in den folgenden 15 Jahren etwas, blieb aber mit 12 % wesentlich unter dem Niveau der allgemeinen Frauenbeschäftigung im öffentlichen Dienst (37 %).

8. Die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst nahm in der Vergangenheit laufend zu, dabei im höheren und gehobenen Dienst noch kein beschäftigungspolitisches Gewicht er-

Altersstruktur der Hochschulabsolventen

Weibliche Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens

Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens

reicht. Im höheren und gehobenen Dienst außerhalb des Bildungswesens ist etwa ein Prozent der Hochschulabsolventen teilzeitschäftigt. Diese Tatsache liegt vornehmlich an der geringen Zahl weiblicher Hochschulabsolventen außerhalb des Lehramtsstudiums, die in der Regel das überwiegende Potential für die Teilzeitschäftigung stellen. Deshalb wird auch künftig die Teilzeitschäftigung im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens nur eine geringe Bedeutung einnehmen, da männliche Hochschulabsolventen nur zu einem geringen Umfang bereit sind, Teilzeitschäftigung anzunehmen.

9. Zur Beurteilung des künftigen Bedarfs im öffentlichen Dienst in Bayern kann angenommen werden, daß die expansive Phase der Beschäftigungspolitik zum größten Teil als abgeschlossen zu betrachten ist. In vielen Aufgabenbereichen des öffentlichen Dienstes sind Sättigungsgrenzen im Personalbedarf zu erkennen, aber auch die öffentliche Finanzlage macht eine Ausweitung der Personalausgaben unmöglich.

Im Bereich des Schulwesens sind es die rückläufigen Schülerzahlen, die eine Fortsetzung der expansiven Einstellungspolitik bei Lehrern nicht mehr rechtfertigen. Diese Entwicklung hat bereits alle Schularten erfaßt und ist derzeit in der Mittelstufe des Gymnasialbereichs angelangt. In absehbarer Zeit wird auch der Hochschulbereich von dieser rückläufigen Entwicklung betroffen werden.

Aber auch außerhalb des Bildungswesens sind Sättigungsgrenzen im Personalbedarf feststellbar:

Bedarf an Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in Bayern

Im Gesundheitswesen werden infolge des vorausgesehenen starken Ausbaus im Krankenhausbereich die Krankenhausbetten nicht ausreichend belegt; der Bedarf an Krankenhauspersonal, insbesondere an Ärzten, wird künftig stagnieren bzw. nur noch leicht zunehmen.

Sicher wird es auch in Zukunft Aufgabenbereiche wie z.B. im Rechtsschutz, Umweltschutz oder im Sozialbereich geben, zu deren Bewältigung zusätzlicher Personal im höheren und gehobenen Dienst notwendig werden wird. Für die nahe Zukunft kann allerdings nur in Ausnahmefällen mit der Einrichtung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen gerechnet werden.

In der derzeitigen Situation werden sogar zur Durchsetzung von Einsparungsmaßnahmen nicht mehr alle freierwerdenden Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen wieder besetzt. Aus der Sicht der Finanzminister wäre es sogar wünschenswert, wenn künftig jede vierte freierwerdende Stelle eingenommen werden könnte.

10. Modellrechnungen zum Bedarf an Hochschulabsolventen haben ergeben, daß als Ersatzbedarf für den höheren und gehobenen Dienst in Bayern (einschl. des Bildungsbereichs) bis zum Ende dieses Jahrhunderts jährlich etwas mehr als 4 000 Stellen zu erwarten sind. Dabei wird der Bedarf an Lehrern mittelfristig noch abnehmen, der Ersatzbedarf in den übrigen öffentlichen Aufgabenbereichen hingegen leicht ansteigen.

Dieser voraussichtlich geringe künftige Bedarf an Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst gewinnt dann an Bedeutung, wenn man ihm das steigende Angebot an Hochschulneueabsolventen gegenüberstellt. Bis zum Jahr 2000 werden

Modellrechnungen zur Bedarfsermittlung von Hochschulabsolventen in Bayern

jährlich durchschnittlich etwa 16 500 Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und etwa 8 000 Absolventen von Fachhochschulen erwartet. Wenn 90 % davon beruftätig werden wollen, müssen jährlich etwa 22 000 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Da der jährliche Ersatzbedarf aber nur bei ca. 4 000 Einstellungen liegt, würde damit unter den gegebenen Bedingungen die Aufnahmequote des öffentlichen Dienstes unter 20 % liegen. Dies würde eine drastische Senkung der Aufnahmequote des Staates gegenüber der Vergangenheit bedeuten; denn bis vor kurzem wurden zwei Drittel aller Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und ein Drittel der Fachhochschulabsolventen in den Staatsdienst aufgenommen.

11. Unter diesen Umständen muß sorgfältig geprüft werden, ob und in wie weit durch vermehrte Teilung der Arbeit Beschäftigungserweiterungseffekte erzielt werden können. In Frage kommt ein vermehrtes Angebot an Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubung oder Verkürzung und flexibler Gestaltung der Arbeitszeit.

Die Ergebnisse von Modellrechnungen haben gezeigt, daß nur deutliche Arbeitszeitverkürzungen die künftig größer werdenden Arbeitsmarktp Probleme für Hochschulabsolventen spürbar mindern können (vgl. Tabellen 27 bis 29, Seite 121 mit 123).

Derartige Überlegungen sind allerdings unrealistisch, da solche einschneidenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen derzeit nicht finanzierbar sind.

Aber auch die durch Arbeitszeitverkürzung erzielten Beschäftigungserweiterungseffekte können erheblich vermindert werden, wenn durch Rationalisierungsmaßnahmen Personaleinsparungen vorgenommen werden.

*Auswirkungen von
Arbeitszeitver-
kürzungen auf
den Bedarf im
öffentlichen
Dienst*

12. Angesichts dieser Perspektiven stellt sich die Frage, welche Beschäftigungschancen die künftige Hochschulgeneration in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern haben wird.

Durch die Reduzierung der öffentlichen Nachfrage auf den Ersatzbedarf wird eine grundlegende Umstrukturierung und Verlagerung der Nachfrage auf die private Wirtschaft vorgezeichnet. In der Privatwirtschaft standen in der Vergangenheit aber nur wenige Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen zur Verfügung: In der Bundesrepublik Deutschland waren dort im Jahr 1982 etwas über eine halbe Million, in Bayern etwa 100 000 Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen beschäftigt. Nach verschiedenen Modellrechnungen müßte bis zum Jahr 2000 die Zahl der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft in etwa vervierfacht werden, um das steigende Angebot an Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen zu beschäftigen, das nicht mehr vom öffentlichen Dienst aufgenommen werden kann.

Eine ähnliche Entwicklung der künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten ist auch in Bayern vorherzusehen: Von den 250 000 erwerbstätigen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen im Jahr 1980 werden bis zum Jahr 2000 voraussichtlich 108 000 aus dem Berufsleben ausscheiden. Im gleichen Zeitraum werden nach den jetzigen Erkenntnissen etwa 328 000 Hochschulabsolventen die Universitäten verlassen; wenn 90 % davon berufstätig werden wollen, müssen für knapp 200 000 Hochschulabsolventen neue Arbeitsplätze in Bayern geschaffen werden. Wenn eine weitgehende Verlagerung der Beschäftigung vom öffentlichen Dienst auf die Privatwirtschaft erfol-

*Langfristige Be-
schäftigungs-
perspektiven für
Hochschul-
absolventen*

gen soll, muß eine gewaltige Zahl von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft und in den freien Berufen zur Verfügung gestellt werden.

Die Bewältigung dieser Arbeitsmarktprobleme wird sicher nicht ohne Schwierigkeiten möglich sein, auch wenn flankierende Maßnahmen, wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen, eingeführt werden. Denn erst bei Einführung einer drastischen, heute noch unrealistisch erscheinenden Arbeitszeitverkürzung würde eine spürbare Arbeitsmarktentlastung für Hochschulabsolventen eintreten, sofern die Zahl der wiederzubesetzenden Arbeitsplätze nicht durch Rationalisierungsmaßnahmen vermindert wird.

Als Ergebnis dieser Bedarfsüberlegungen kann festgestellt werden, daß die Deckung des Ersatzbedarfs selbst bei Einführung erheblicher Arbeitszeitverkürzungen künftig in keinem Fall ausreichen wird, um die Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen zu lösen. Selbst wenn künftig ein größerer Teil der Hochschulabsolventen in der Privatwirtschaft und in den freien Berufen neue Arbeitsplätze vorfinden sollte, wird die Aufnahmekapazität dieser Bereiche mit Sicherheit nicht ausreichen, um eine befriedigende Beschäftigung der steigenden Absolventenzahl zu gewährleisten. Auch der Verdrängungsprozeß von oben nach unten wird ohne Schwierigkeiten nicht zu realisieren sein, da für viele in Frage kommenden Tätigkeitsbereiche und Aufgabengebiete bereits speziell qualifiziert Ausgebildete zur Verfügung stehen.

1. Problemstellung, Zielsetzung und Methode der Untersuchung

1.1 Problemstellung

Seit einigen Jahren besteht in der Bundesrepublik Deutschland die größte Beschäftigungs- und Arbeitsmarktkrise nach deren Gründung. Im Jahre 1984 waren etwa 2,3 Millionen Arbeitslose registriert; trotz leichten Wirtschaftswachstums ist mit einer schnellen Änderung dieser Situation nicht zu rechnen.

Diese wirtschaftliche Entwicklung kann nur als Folge vieler zum Teil gegenläufiger Faktoren erklärt werden: Bei geringem Wirtschaftswachstum, aber hoher Produktivität steigt die Zahl der Arbeitsplätze nicht entsprechend der Nachfrage. Ungünstig wirkt sich deshalb aus, daß sich die Erwerbsbevölkerung aufgrund demographischer Gegebenheiten trotz abnehmender Gesamtbevölkerung noch leicht erhöhen wird¹⁾.

Aufgrund dieser wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung werden die beschäftigungspolitischen Ungleichgewichte - folgt man den Prognosen - in der Bundesrepublik Deutschland noch lange bestehen, wenn nicht strukturelle Änderungen, z.B. beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitsverteilung und/oder der Arbeitszeit eintreten.

Von der Arbeitsmarktkrise sind alle Qualifikationsebenen betroffen. Unterschiede ergeben sich jedoch bei der Intensität der Betroffenheit: Die Arbeitslosenquote bei Personen ohne Ausbildungsabschluß bzw. mit Anlernung ist mit Abstand am größten; mit zunehmendem Ausbildungsniveau dagegen sinkt die Arbeitslosenquote. Von der Arbeitslosigkeit mit am we-

¹⁾ Nach den Vorausschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, und des Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, wird sich das gesamte Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1985 bis 1990 um 0,1 Mio. bis 0,7 Mio. Erwerbspersonen erhöhen. Prognos, Basel, und das Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln, hingegen haben eine Verminderung der Erwerbstätigenzahl um etwa 0,1 Mio. Erwerbspersonen prognostiziert. Nach gemeinsamen Erkenntnissen wird erst voraussichtlich zwischen 1990 und 2000 eine Reduzierung des Erwerbspersonenpotentials um 1 bis 2 Mio. eintreten.
Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Zusammenstellung neuer mittelfristiger Arbeitsmarktprojektionen für die Bundesrepublik Deutschland, Kurzbericht 1984, S.94 f.

nigsten betroffen waren bisher die Hochschulabsolventen. Bei Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen sind zwar die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Vergangenheit immer noch gestiegen, jedoch nicht in dem erforderlichen Umfang, daß Arbeitslosigkeit ganz hätte vermieden werden können.

Zudem war die Beschäftigungszunahme vor allem auf die Expansion im öffentlichen Dienst, insbesondere im Bildungswesen, zurückzuführen, während in der Privatwirtschaft lediglich eine leichte Steigerung der Akademisierung erzielt werden konnte.

Die Entwicklung in der Vergangenheit zeigt, daß im Bildungsbereich bereits nach Befriedigung des Nachholbedarfs und der Expansion Anfang der 70er Jahre eine Periode der Konsolidierung folgte. Für die Zukunft ist zu befürchten, daß sich diese restriktive Entwicklung weiter fortsetzen und zu einer Reduzierung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen allgemein führen wird. Gerade im Bildungsbereich werden Hochschulabsolventen über den Ersatzbedarf hinaus nur noch in geringem Umfang beschäftigt werden können, da geringer werdende Schülerzahlen und finanzpolitische Grenzen den Beschäftigungsrahmen einschränken werden.

Die gleiche Tendenz ist auch für den Bereich der öffentlichen Verwaltung vorherzusehen, für den in Zukunft ebenfalls eine restriktive Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu befürchten ist.

Damit wird eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen notwendig, die vor allem in einer Verlagerung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen vom öffentlichen Dienst auf die Beschäftigung in der Privatwirtschaft bestehen müßte. Von Vertretern der Privatwirtschaft ist allerdings zu hören, daß hier der Bedarf nur in einer Größenordnung von 1 % über den Ersatzbedarf hinaus zu steigern ist.

Auf der Angebotsseite hingegen verlassen gegenwärtig jährlich etwa 14.000 Absolventen die bayerischen wissenschaftlichen Hochschulen. Hinzu kommen weitere 6.000 Absolventen der Fachhochschulen. Die Gesamtzahl der Hochschulabsolventen (einschl. Fachhochschulen) wird bis Mitte der 90er Jahre auf voraussichtlich knapp 30.000 pro Jahr ansteigen. Das Arbeitsmarktrisiko der künftigen Hochschulabsolventengeneration wird dann besonders deutlich, wenn geschätzt wird, daß künftig höchstens noch ein Viertel der zu erwartenden Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst Beschäftigung finden kann; im Vergleich dazu waren in den 70er Jahren etwa drei Viertel aller Hochschulabsolventen im öffentlichen Bereich beschäftigt.

1.2 Zielsetzung

Um die Chancen künftiger Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst zu verdeutlichen, soll in dieser Untersuchung der Bestand und der (Ersatz-)bedarf an erwerbstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst vornehmlich außerhalb des Bildungsbereichs erhoben werden. Diese Beschränkung erfolgt deswegen, weil für den Bedarf an Hochschulabsolventen im Bildungsbereich, insbesondere im Schulbereich, laufend Prognosen erstellt werden¹⁾.

Die Untersuchung soll zudem einen Vergleich der Beschäftigungssituation in Bayern mit der in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen. Im Einzelnen sollen folgende Problemkreise untersucht werden:

- Entwicklung der Beschäftigungsstruktur im öffentlichen Dienst

1) Kultusministerkonferenz, Bonn, Prognose zum Lehrerberuf, 1983.

Fast alle Bundesländer haben zum Thema "Lehrerberuf" Prognosen veröffentlicht, wie z.B.:
Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Prognose zum Lehrerberuf in Bayern, Erscheinungsweise: jährlich.

- Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (im höheren und im gehobenen Dienst)
- Ausbildung und Tätigkeitsbereiche der Hochschulabsolventen
- Entwicklung der Zahl der beschäftigten Hochschulabsolventen, differenziert nach Besoldungs- und Laufbahngruppen
- beschäftigte Hochschulabsolventen nach Alter und Geschlecht
- Voll- und Teilzeitbeschäftigung der Hochschulabsolventen
- Personalwechsel bei Hochschulabsolventen
- Berechnung des künftigen Ersatzbedarfs anhand der Altersstruktur, der Sterbewahrscheinlichkeiten und der in der Vergangenheit erkennbaren Ausscheidquoten.

Ansichts der immer dringlicher werdenden Diskussionen über das zunehmende Angebot und den abnehmenden Bedarf an Hochschulabsolventen sollte in dieser Untersuchung die Größenordnung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im Rahmen der Gesamtbeschäftigung von Hochschulabsolventen betrachtet werden. Hierbei müssen folgende Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden:

- Entwicklung der Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen nach Berufen und Wirtschaftsbereichen (Bayern im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland)
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Hochschulart und Fachrichtungen (Bayern im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland)
- Auswirkung einer Arbeitszeitverkürzung (z.B. Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit) oder einer anderen, gerechten Umverteilung der Arbeit auf den Bedarf an Hochschulabsolventen
- internationaler Vergleich der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in ausgewählten Ländern mit dem Stand in der Bundesrepublik Deutschland

1.3 Methodisches Vorgehen

Aus Zeit- und Kostengründen hat sich die Untersuchung vornehmlich auf die Auswertung bzw. Sonderauswertung von bereits vorhandenem Datenmaterial gestützt. Insbesondere wurde zur Lösung der Problemstellung auf Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, sowie des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung in München zurückgegriffen.

Unterlagen über den Personalstand, Stellenpläne nach Laufbahngruppen und die Altersstruktur des Personals konnten vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen beschafft werden.

Grundlagen der Untersuchung in methodischer und inhaltlicher Hinsicht konnten auch von Untersuchungen anderer Institutionen, z.B. HIS, Hannover, oder IAB, Nürnberg, übernommen werden.

Trotz fehlender Detailinformationen, z.B. über die aktuelle Zusammensetzung der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst nach Ausbildungsfachrichtungen, wurde auf eigene Erhebungen bei den entsprechenden Behörden verzichtet. Neben einem erheblichen Aufwand an Zeit und Kosten wäre für eine erfolgreiche Primärerhebung eine 100%ige Rücklaufquote der Erhebungsbogen z.B. von Ministerien, Kommunen oder Sozialversicherungsträgern erforderlich gewesen, da bei den einzelnen Beschäftigungsträgern sehr unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen vorliegen. Bereits einzelne Antwortverweigerungen hätte die erfolgreiche Durchführung der Primärerhebung in Frage gestellt. Die Durchführung einer repräsentativen Stichprobe wäre somit ebenfalls nicht möglich gewesen.

Vor und während der Durchführung der Untersuchung wurden laufend zur Informationsgewinnung und Überprüfung der Ergebnisse Gespräche z.B. mit Vertretern des Staatsministeriums der Finanzen oder des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geführt. Auch die Teilnahme an Seminaren über die Beschäftigung von Hochschulabsolventen gab die Möglichkeit eines Meinungsaustausches mit "Experten".

2. Entwicklung der Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern

Bevor auf die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst eingegangen werden soll, ist es angebracht, die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung sowie der Beschäftigung von Hochschulabsolventen insgesamt darzustellen, damit die Rahmenbedingungen deutlich werden.

2.1 Allgemeine Entwicklung der Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern (Vgl. Tab. 1 u. 2 im Anhang, S. 95 f.)

Die bisher höchste Gesamtbeschäftigung mit jeweils 27,1 Millionen Erwerbstätigen wurde in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1966 und 1973 erreicht. Nach diesen Jahren nahm die Beschäftigung infolge konjunktureller Abschwüchung der Wirtschaft ab. Im Jahre 1982 waren in der Bundesrepublik Deutschland 26,8 Millionen Personen erwerbstätig; dies entspricht einem Beschäftigungsniveau, das jeweils Anfang der 60er und 70er Jahre ohne Beschäftigungsprobleme gegeben war.

Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich somit in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht wesentlich verändert; die Arbeitsmarktschwierigkeiten sind vornehmlich durch die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zu erklären: Starke jüngere Jahrgänge drängen in das Erwerbsleben, während nur schwachbesetzte ältere Jahrgänge aus dem Berufsleben ausscheiden.

Die enormen Produktivitätssteigerungen drücken sich dadurch aus, daß heute etwa die gleiche Zahl von Erwerbstätigen - allerdings bei veränderter Kapitalgüterstruktur - doppelt so viele Güter erstellt und Dienstleistungen erbringt wie vor zwanzig Jahren.

Erwerbstätige und Sozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern

Jahr	Erwerbstätige ¹⁾		Bruttozialprodukt ²⁾ real	
	in Mio. Deutschland	Bayern	in Mrd. DM Deutschland	Bayern
1970	26,8	4,89	923,7	147,2
1976	25,8	4,91		
1978	26,0	4,95		
1980	26,9	5,17	1230,2	207,2
1982	26,8	5,15		

1) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Ergebnisse der Mikrozensusumhebungen der jeweiligen Jahre, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensusumhebungen der jeweiligen Jahre.

2) Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, "Bruttoerwerbstätigkeit in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland", in: "Bayern in Zahlen" 7/84, S. 271.

Bei zunehmendem Angebot auf dem Arbeitsmarkt entstand in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig seit der Rezession 1974/75 ein immer stärker werdendes Ungleichgewicht im Beschäftigungssystem. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte Anfang 1976 ihren erstmaligen Höhepunkt. Bei 25,8 Mio. Erwerbstätigen waren über 1,3 Mio. Arbeitslose registriert. Die Arbeitslosenzahlen waren zwar in den Folgejahren zunächst rückläufig, erhöhten sich dann sehr rasch und erreichten im Jahre 1982 bei 26,8 Mio. Erwerbstätigen 1,8 Mio. Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahr 1983 weiter auf 2,1 Mio.

Die Beschäftigungsentwicklung vollzog sich in Bayern ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland; auch hier haben sich - wenngleich nicht so stark - die wirtschaftlichen Schwankungen auf das Beschäftigungsniveau ausgewirkt. Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland konnte Bayern das Beschäftigungsniveau im Zeitraum 1970 bis 1982 leicht steigern. Waren im Jahr 1970 in Bayern 4,9 Mio. Personen erwerbstätig, erhöhte

sich diese Zahl im Jahr 1972 auf 5,2 Mio. Damit stieg auch der Anteil Bayerns an der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 18,3 % auf 19,2 %. Auch erhöhte sich der Anteil Bayerns am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahrzehnt von 15,9 % auf 16,8 %.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern

Jahr	Registrierte Arbeitslose in 1000		
	Bundesrepublik Deutschland	Bayern	Anteil Bayerns in %
1976	898,3	156,2	17,4
1978	864,2	138,2	16,4
1980	822,7	127,0	15,4
1982	1818,6	280,9	15,4
1983	2133,9	315,1	14,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Antilige Nachrichten, jeweiliger Jahrgang.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Bayern von 165.000 im Jahr 1965 - nach einem Rückgang bis zum Jahre 1980 auf 127.000 - bis zum Jahr 1983 rasch auf 315.000 an. Die Arbeitslosenquote in Bayern erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 3,2 % auf 6,1 %.

Betrachtet man die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, ist seit 1970 folgende Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland und Bayern festzustellen:

Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern

Jahr	Erwerbstätige im öffentl. Dienst in 1000		Anteil Bayerns in %
	Bundesrepublik Deutschland	Bayern	
1970	3098,6	579,0	18,7
1980	3597,9	689,0	19,2
1982	3640,8	696,4	19,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 6/83, S. 377
Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Der Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern, S. 5.

Seit 1970 hat sich der Personalstand im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland von 3,1 Mio. auf 3,6 Mio. erhöht. Bei einem gleichbleibenden Beschäftigungsvolumen in diesem Zeitraum von etwa 26,8 Mio. Erwerbstätigen ist die Beschäftigung im öffentlichen Dienst stark gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung betrug im Jahr 1970 11,6 %; 1982 war bereits jeder 7. Erwerbstätige im öffentlichen Dienst beschäftigt.

Eine ähnliche Entwicklung war auch in Bayern festzustellen: Seit 1970 nahm die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 579.000 auf 696.000 im Jahr 1982 um 20 % zu. Bemerkenswert ist, daß der Beschäftigtenanteil des öffentlichen Dienstes in Bayern mit 19 % genau dem Anteil Bayerns an der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Der Globalvergleich weist damit für Bayern folgende Besonderheiten gegenüber den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland auf:

- Die Bevölkerung in Bayern wächst immer noch; mit knapp 11 Mio. Einwohnern beträgt der Bevölkerungsanteil 1982 17,8 %.

- Gegenüber anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland liegt das Beschäftigungsniveau in Bayern wesentlich höher als der Bevölkerungsanteil. Zudem ist die Zahl der Beschäftigten seit 1970 noch leicht gestiegen.
- Von der Arbeitslosigkeit wurde Bayern vergleichsweise weniger betroffen. Der Arbeitslosenanteil Bayerns sank kontinuierlich und liegt derzeit bei 14,8 %.
- Das Beschäftigungsniveau im öffentlichen Dienst entspricht genau dem allgemeinen Beschäftigungsstand in Bayern.
- Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung teilt Bayern das Schicksal anderer Flächenstaaten mit strukturschwachen Gebieten. Der Anteil am Bruttosozialprodukt hat sich zwar seit 1960 von 15,9 % auf 16,8 % im Jahr 1980 erhöht, bleibt jedoch deutlich unter dem Bevölkerungs- und Beschäftigtenanteil.

2.2 Entwicklung der qualifikationsspezifischen Struktur des Beschäftigungssystems (Vgl. Tab. 1 und 2 im Anhang, S. 95 f.)

Als Folge der Bildungsexpansion hat sich in den Jahren 1976 bis 1983 eine deutliche Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen eingestellt. Besonders deutlich wird dies durch den starken Rückgang des Anteils der ohne Ausbildungsabschluß beschäftigten Erwerbstätigen. Diese Entwicklung ist nicht nur damit zu erklären, daß diese Beschäftigungsgruppe am meisten von der Arbeitslosigkeit bedroht und bei Konjunkturschwankungen am ehesten entlassen wird.

Bemerkenswert ist, daß der Abbau der Arbeitskräfte ohne Ausbildungsabschluß in der Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise schneller stattgefunden hat als in Bayern: In den Jahren 1976 bis 1982 ging die Zahl der Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluß in der Bundesrepublik Deutschland um 12 %, in Bayern jedoch nur um 6 % zurück. Aufgrund der besonderen wirtschaftlichen Situation wurden auch in Bayern anteilmäßig wesentlich mehr Arbeitskräfte ohne Ausbildungsabschluß beschäftigt als in anderen Bundesländern; im Jahr 1982 waren

fast 23 % aller Erwerbstätigen ohne Ausbildungsabschluß in Bayern tätig, dies ist teilweise auch damit zu erklären, daß in Bayern erheblich weniger Arbeitslose mit diesem Qualifikationsniveau registriert wurden als in anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland.

Eine besonders deutliche Höherqualifizierung der Erwerbspersonen ist vor allem bei Arbeitskräften mit Lehr- oder Fernausbildung festzustellen. Der Anteil der Arbeitskräfte mit diesem Qualifikationsniveau ist in der Bundesrepublik Deutschland von 52 % (1976) auf 56 % (1982) gestiegen. Damit hatten im Jahr 1982 etwa 15 Mio. Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland eine Lehre absolviert oder waren an ihrem Arbeitsplatz qualifiziert bzw. angelernt.

In Bayern hat eine ähnliche Höherqualifizierung der Arbeitskräfte stattgefunden; hier erhöhte sich im gleichen Zeitraum der entsprechende Erwerbstätigenanteil von 48 % auf 52 %. In Bayern waren damit 2,7 Mio. Erwerbstätige mit Lehre oder Fernausbildung qualifiziert.

Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern von 1976 bis 1982

Qualifikationsebene	Bundesrepublik Deutschland						Bayern	
	1976			1982			1976	
	Anzahl in Mio.	Anteil in %	Anzahl in Mio.	Anteil in %	Anzahl in Mio.	Anteil in %	Anzahl in Mio.	Anteil in %
ohne beruflichen Ausbildungsabschluß	8,85	34,3	7,74	28,9	1,88	38,3	1,76	34,2
Lehr- oder Azubiausbildung	13,41	52,1	14,96	55,9	2,35	47,9	2,67	51,9
Meister-, Techniker- od. Fachschulabschl.	1,64	6,4	1,77	6,6	0,28	5,7	0,32	6,2
Fachhochschulabschluß	0,57	2,2	0,72	2,7	0,10	2,0	0,12	2,4
Wissenschaftlicher Hochschulabschluß	1,28	5,0	1,59	5,9	0,22	4,5	0,27	5,1
ohne Angabe					0,08	1,6	0,01	0,2
Erwerbstätige Gesamt	25,75	100,0	26,78	100,0	4,91	100,0	5,15	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 6/78, S. 354 ff. und 2/84, S. 107 ff., Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Mikrozensus-erhebungen 1976 und 1982.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluß ist in Bayern gegenüber anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1976 bis 1982 erheblich stärker gestiegen (um 14 % gegenüber 8 %). Damit hat der Erwerbstätigenanteil auf dieser Qualifikationsebene mit 17,9 % den Bevölkerungsanteil Bayerns an der Bundesrepublik Deutschland erreicht.

2.3 Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen

(Vgl. Tab. 3 bis 5 in Anhang, S. 97 f.)

Der Drang zum höheren Ausbildungsniveau wird vor allem auch durch die Beschäftigungszunahme von Absolventen mit einer Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule bzw. Fachhochschule bestätigt.

Im Vergleich zur Arbeitsmarktentwicklung aller Erwerbstätigen stieg die Zahl der Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen trotz bestehender Beschäftigungskrise teilweise erheblich an.

Die Zahl der erwerbstätigen Universitätsabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland erhöhte sich von 1,28 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 1976 auf 1,59 Mio. Beschäftigte im Jahr 1982. In diesem Zeitraum wurden damit über 300.000 neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen. Damit ist der Anteil der Arbeitsplätze, die mit Personen mit abgeschlossener Universitätsausbildung besetzt sind, von 5,0 % (1976) auf 5,9 % (1982) gestiegen.

In noch stärkerem Umfang hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Fachhochschulabschluß erhöht: Im Zeitraum 1976 bis 1982 stieg ihre Zahl von 0,72 Mio. um 27 %; ihr Erwerbstätigenanteil beträgt damit 2,7 %.

In etwas geringerem Umfang als in der Bundesrepublik Deutschland nahm die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen in Bayern zu: Im Jahr 1976 waren etwa 218.000 Absolventen mit einer Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule erwerbstätig; diese Zahl erhöhte sich bis zum Jahr 1982 auf 265.000 Erwerbstätige. Damit ist der Anteil der erwerbstätigen Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen an allen Erwerbstätigen in Bayern von 4,4 % im Jahr 1976 auf 5,1 % im Jahr 1982 angestiegen.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Ausbildung an einer Fachhochschule erhöhte sich in Bayern von 100.000 im Jahr 1976 auf 123.000 Erwerbstätige im Jahr 1982. Der Erwerbstätigenanteil der Fachhochschulabsolventen stieg somit bis zum Jahr 1982 auf 2,4 %.

Mit einem Anteil von 16,7 % an allen erwerbstätigen Universitätsabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland ist diese Qualifikationsgruppe in Bayern nicht bevölkerungsproportional vertreten. Ein etwas günstigeres Ergebnis liegt bei erwerbstätigen Fachhochschulabsolventen vor; mit einem Anteil von 17,1 % an allen erwerbstätigen Fachhochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland waren sie im Jahr 1982 nur leicht unterrepräsentiert.

Eine geschlechtsspezifische Differenzierung der Erwerbstätigkeit von Hochschulabsolventen ergibt, daß der Qualifikationsvorsprung der Männer in den Jahren 1976-1982 weiter abgenommen hat. Im Jahr 1976 waren in der Bundesrepublik Deutschland 5,4 % aller erwerbstätigen Männer Universitätsabsolventen, bei den Frauen hingegen nur 4,2 %; bis zum Jahr 1982 erhöhte sich dieser Anteil bei den Männern auf 6,4 % und bei den Frauen auf 5,2 %¹⁾.

In Bayern konnten sich die Frauen bei den akademischen Berufen noch nicht so stark durchsetzen wie in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland: Hier stieg der Akademisierungsgang der Frauen im Zeitraum 1976 bis 1980 von 3,1 % auf 3,8 %, während sich der gleiche Anteil bei Männern von 5,4 % auf 6,0 % erhöhte. Von allen erwerbstätigen Universitätsabsolventen beträgt der Anteil der Frauen in Bayern nur 30 % bei einer Gesamterwerbsbeteiligung der Frauen von insgesamt 41 %.

2.4 Altersstruktur und altersabhängige Erwerbstätigkeit der Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen (Vgl. Tab. 6 und 7 im Anhang, S. 100 f.)

Der Altersaufbau der erwerbstätigen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen hat sich in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in Bayern erheblich verjüngt. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Anteil der über 60jährigen Universitätsabsolventen im Zeitraum 1976 bis 1982 von 8 % auf unter 6 % gesunken. Bei den erwerbstätigen Fachhochschulabsolventen, die im Durchschnitt etwas jünger sind, hat sich dieser Anteil im gleichen Zeitraum von 7 % auf unter 4 % reduziert.

In Bayern waren die Universitätsabsolventen etwas älter; hier lag der Anteil der über 60jährigen im Jahr 1982 über 7 %; bei Fachhochschulabsolventen betrug dieser Anteil 4,4 %.

¹⁾ Vergleichs auch Tessaring, W., Akademikerbeschäftigung im Wandel, aus: Das Arbeitskräfteangebot zwischen Markt und Plan, Duncker und Humblot, Berlin, 1983, S. 261.

Die Altersstruktur der erwerbstätigen Hochschulabsolventen in Bayern 1982 - in Tausend

Altersklassen	Erwerbstätige Hochschulabsolventen		
	Fachhochschulabsolventen	Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen	davon Lehrer
unter 35 Jahre	41,8	92,5	33,4
35 bis 45 Jahre	41,1	88,4	32,7
45 bis 55 Jahre	25,0	44,4	13,7
über 55 Jahre	15,0	39,8	7,9
Gesamt	122,9	265,1	87,7

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Mikrozensushebung 1982, Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Prognosen zum Lehrkräftebedarf in Bayern 1983, S. 5.

Damit wird klar, daß der Ersatzbedarf in den kommenden Jahren sehr gering bemessen sein wird. Selbst wenn man die Gruppe der über 55jährigen noch mit einbezieht, so stehen in Bayern für die kommenden 10 Jahre an Ersatzbedarf bei den Universitätsabsolventen etwa 40.000 und bei den Fachhochschulabsolventen etwa 15.000 neu zu besetzende Stellen zur Verfügung.

Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosigkeit vor allem bei den jüngeren Jahrgängen zu einer Anteilsverschiebung geführt hat. So haben die unter 35jährigen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen im Jahre 1980 einen Beschäftigtenanteil von 38 % inne gehabt; aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit dieser Jahrgänge ist dieser Anteil bis zum Jahr 1982 bereits auf 35 % gesunken.

Bei der Analyse der Intensität der Erwerbstätigkeit ist festzustellen, daß in Bayern die Erwerbsquote der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen leicht gestiegen ist und derzeit bei 80 % liegt. Die Erwerbsbeteiligung der Fachhochschulabsolventen hingegen hat sich leicht reduziert; im Jahr 1982 waren etwa 74 % aller Fachhochschulabsolventen erwerbstätig. Die geringere Erwerbstätigkeit bei Fachhochschulab-

solventen ist damit zu erklären, daß diese im Vergleich zu Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen wesentlich früher in den Ruhestand treten¹⁾.

2.5 Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen (Vgl. Tab. 8 bis 14 im Anhang, S. 102 f.)

Die größte Beschäftigungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland begann nach 1980; bis zum Jahr 1984 stieg die allgemeine Arbeitslosigkeit von 0,8 Millionen auf über 2,1 Millionen Arbeitslose an. Dabei bleibt die "stille Reserve" bei den Erwerbswilligen unberücksichtigt, die etwa die Hälfte der registrierten Arbeitslosenzahl ausmachen dürfte.

Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen waren bei allerdings starker Zunahme der Arbeitslosigkeit im Verhältnis noch weniger von der Arbeitslosigkeit betroffen als Erwerbstätige anderer Qualifikationsebenen. Ihre Arbeitslosenquoten zeigen deutliche Arbeitsmarktvorteile, wenngleich diese insbesondere gegenüber qualifiziert Ausgebildeten geringer werden. Im Jahr 1984 betrug die allgemeine Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland 8 %; bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen waren 5,0 % und bei Fachhochschulabsolventen 4,9 % arbeitslos. Seit 1980 hat sich die Arbeitslosigkeit bei Hochschulabsolventen allerdings gewaltig gesteigert: Bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen hat sich die Zahl der arbeitslosen Absolventen von 28.000 auf 79.000 bis zum Jahr 1984 erhöht; bei Fachhochschulabsolventen stieg die Zahl im gleichen Zeitraum von 14.000 auf 35.500 Arbeitslose an.

¹⁾ Bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen ist der Anteil der Selbständigen, die auch nach dem 65. Lebensjahr im Berufsleben verweilen, erheblich höher als bei Fachhochschulabsolventen.

In Bayern ist die Arbeitsmarktentwicklung etwas günstiger verlaufen; dies zeigt die allgemeine Arbeitslosenquote von 5,8 % im Jahr 1984. Seit 1980 verzweifelndfachte sich die Arbeitslosigkeit; im Jahr 1984 waren 300.000 Arbeitslose registriert. Auch hier waren Erwerbspersonen ohne abgeschlossene Ausbildung von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen. Bei einem Erwerbstätigenanteil von 34 % betrug der Anteil der Arbeitslosen ohne Ausbildungsabschluß im Jahr 1983 48 % aller Arbeitslosen. Ihre Arbeitslosenquote liegt mit 8,2 % etwa doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquoten der Qualifikationsebenen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung.

Besonders trifft dies auf die Arbeitslosenquoten von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen zu: Im September 1984 waren bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in Bayern 4,2 % und bei Fachhochschulabsolventen 4,1 % arbeitslos. Bayern war damit sowohl bezüglich der allgemeinen Arbeitslosigkeit wie auch der von Hochschulabsolventen in wesentlich geringerem Umfang von Arbeitslosigkeit bedroht als andere Länder der Bundesrepublik Deutschland.

In Bayern begann die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen in größerem Umfang ebenfalls nach 1980; von diesem Zeitpunkt an stieg die Zahl der arbeitslosen Absolventen mit einem wissenschaftlichen Abschluß von 4.300 im Jahr 1980 auf über 11.200 im Jahr 1984. Damit hat die Arbeitslosigkeit von Universitätsabsolventen innerhalb von 4 Jahren jährlich um 28 % zugenommen. Im Vergleich zu anderen Ländern war damit noch eine relativ günstige Arbeitsmarktentwicklung festzustellen, denn von den 79.100 in der Bundesrepublik Deutschland arbeitslosen Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen waren in Bayern nur 14,2 % arbeitslos gemeldet.

Bei Fachhochschulabsolventen ist die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation vor allem in den Jahren 1981 und 1982 eingetreten: In diesen beiden Jahren hat sich die Zahl der arbeitslosen Fachhochschulabsolventen fast verdoppelt. Im

Jahr 1983 und insbesondere im Jahr 1984 hat sich die Arbeitslosenanzahl noch geringfügig erhöht. Im September 1984 wurden in Bayern 5.000 arbeitslose Fachhochschulabsolventen registriert. Aber auch die Fachhochschulabsolventen waren in Bayern weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland; von den 35.500 arbeitslos gemeldeten Fachhochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland entfielen 14 % auf Bayern.

Die Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen nach Fächergruppen ist den Tabellen 9 bis 14 im Anhang, Seiten 103 bis 108 zu entnehmen.

Im Einzelnen ist folgende Entwicklung zu erkennen: In der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Bayern werden die Beschäftigungsschwierigkeiten bei Lehrern immer deutlicher.

Die Arbeitslosigkeit bei Lehrern steigt überproportional an. Waren in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1980 etwa 8.500 Lehrer arbeitslos, verdreifachte sich diese Zahl bis zum Jahr 1984 (28.200 arbeitslose Lehrer). Damit war jeder dritte Arbeitslose mit einer Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule ein Lehramtsabsolvent. Etwa ein Fünftel der arbeitslosen Hochschulabsolventen im Jahr 1980 mit etwa 6.000 Arbeitslosen waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler; bis zum Jahr 1984 hat sich hier die Zahl der Arbeitslosen zwar auch enorm erhöht, jedoch nicht in dem Umfang, wie bei den Absolventen anderer Wissenschaftszweige. Der Anteil der arbeitslosen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler im Jahr 1984 betrug mit 12 300 Arbeitslosen knapp 16 %. Jeder zehnte arbeitslose Hochschulabsolvent war Ingenieur; trotz angeblicher Nachfrage nach Ingenieuren in den Jahren 1980 bis 1984 stieg die Arbeitslosigkeit von 2.700 auf 7.800 arbeitslose Ingenieure. Fast im gleichen Umfang haben sich die verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen auch bei Naturwissenschaftlern ausgewirkt. Hier stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2.300 im Jahr 1960 auf 6.100 im Jahr 1984 um 165 % an.

Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit war auch hier

bei den Rechtswissenschaftlern festzustellen. So wurden im Jahr 1984 3.300 arbeitslose Juristen registriert.

Auch in Bayern hat sich die Zahl der arbeitslosen Lehrer am stärksten erhöht; waren im Jahr 1980 1.100 arbeitslose Lehrer registriert, verdreifachte sich diese Zahl bis zum Jahr 1984 sprunghaft auf etwa 3.300 arbeitslose Lehrer. Berücksichtigt man allerdings, daß in Bayern etwa 110.000 Lehrer tätig sind, wird deutlich, daß die Lehrerarbeitslosigkeit, verglichen mit der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen anderer Fachrichtungen, im Jahr 1984 noch unterdurchschnittlich war. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,0 % waren die Lehrer zu diesem Zeitpunkt noch am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nur die medizinischen Berufe hatten mit 2,6 % eine noch günstigere Arbeitslosenquote. Betrachtet man allerdings die Lehrerarbeitslosigkeit nach Schularten, sind vor allem die Arbeitslosenquoten bei Real- und Gymnasiallehrern mit 3,7 % bzw. 5,7 % überdurchschnittlich hoch. Dagegen waren Lehrer an Sonderschulen oder aber Hochschullehrer bisher nur in ganz geringem Umfang von Arbeitslosigkeit betroffen; ihre Quoten lagen unter 1 %.

Für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler hat auch in Bayern eine ähnlich "günstige Arbeitsmarktentwicklung" stattgefunden wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich bei ihnen seit 1980 "nur" verdoppelt. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigtenquote ist von 20 % auf 16 % gesunken.

Hingegen hat sich die Zahl der arbeitslosen Ingenieure in Bayern stark erhöht¹⁾; im Jahr 1984 waren dreieinhalbmal so viele arbeitslose Ingenieure gemeldet wie 1980. Ihr Anteil an

1) Vgl. auch: Schmidt, S.H.: Ingenieurwissenschaften und Naturwissenschaften: Arbeitsmarkt und Nachwuchs in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern, Bayer. Hochschulforschung, Materialien Nr. 30, München 1981.

der Gesamtarbeitslosigkeit beträgt jetzt 12 %. Bei der Bewertung der ungünstigen Arbeitsmarktentwicklung für Ingenieure muß berücksichtigt werden, daß die Nachfrage nach Ingenieuren stark konjunkturabhängig ist, und die positive Wirtschaftsentwicklung erst im Jahr 1985 wirksam sein wird.

Etwas weniger stark von der Arbeitslosigkeit betroffen waren die Naturwissenschaftler; hier stieg die Arbeitslosigkeit im Zeitraum von 1980 bis 1984 von 360 auf 920 arbeitslose Naturwissenschaftler an.

Im etwa gleichen Umfang ist auch die Zahl der arbeitslosen Geisteswissenschaftler gestiegen; hier erhöhte sich die Zahl von 420 auf über 1.250 Arbeitslose.

Die erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen ist zu einem erheblichen Teil auf die Zunahme der Lehrerarbeitslosigkeit zurückzuführen: Seit 1980 nimmt der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei Lehrern einen Anteil von knapp 40 % des Anstiegs der Arbeitslosigkeit aller Hochschulabsolventen ein. In Bayern wird die Zunahme der arbeitslosen Hochschulabsolventen etwa zu 34 % auf die Zunahme der Lehrerarbeitslosigkeit zurückgeführt.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß bis in die jüngste Vergangenheit die Lehrerarbeitslosigkeit im Vergleich zur Arbeitslosigkeit anderer Hochschulabsolventengruppen einen relativ geringen Umfang einnahm.

Für die Zukunft muß allerdings angenommen werden, daß bei den zu erwartenden Absolventenzahlen in den Lehramtsfächern und bei geringer werdendem Bedarf die Anzahl der arbeitslosen Lehrer und damit deren Arbeitslosenquote noch erheblich steigen kann. Die in den letzten Jahren zu beobachtende starke Verminderung der Studienanfängeranteile in Lehramtsfächern wird zunächst keine spürbare Entlastung auf dem Lehrerarbeitsmarkt bringen.

Bei Fachhochschulabsolventen liegt infolge unterschiedlicher Ausbildungsschwerpunkte eine völlig andere Arbeitslosenstruktur vor. Hier sind vor allem Ingenieure von der Arbeitslosigkeit sehr stark betroffen. In der Bundesrepublik Deutschland hatte im Jahr 1980 jeder dritte arbeitslose Fachhochschulabsolvent eine ingenieurwissenschaftliche Ausbildung. Bis zum Jahre 1983 verdreifachte sich die Zahl der arbeitslosen Ingenieure auf 14.500. Durch diese überproportionale Steigerung betrug jetzt der Anteil der arbeitslosen Ingenieure an allen arbeitslosen Fachhochschulabsolventen 41 %. Im Jahr 1984 allerdings erholte sich hier der Arbeitsmarkt; die Zahl der arbeitslosen Ingenieure blieb konstant.

Etwas positiver verlief die Entwicklung bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern; hier hat sich die Zahl der arbeitslosen Fachhochschulabsolventen "nur" um 157 % erhöht. Die Zahl der arbeitslosen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler stieg von 4.250 auf 10.900 an; ihr Anteil blieb im Zeitraum 1980 bis 1984 mit 31 % gleich.

Ähnliche Entwicklungstendenzen waren auch in Bayern feststellbar: Bei Ingenieuren waren im Jahr 1980 643 Arbeitslose gemeldet, diese Zahl verdreifachte sich zunächst bis zum Jahr 1983 auf 2.078 Arbeitslose. Im Jahr 1984 ging die Zahl der arbeitslosen Ingenieure auf 1.938 zurück; ihr Anteil an allen arbeitslosen Fachhochschulabsolventen betrug allerdings immer noch 39 %. Insgesamt waren im Jahr 1984 4,0 % der Ingenieure arbeitslos; besonders betroffen waren Maschinenbauingenieure, Architekten und Bauingenieure.

Infolge der relativ günstigen Beschäftigungsentwicklung bei kaufmännischen Berufen hat sich in Bayern hier die Arbeitslosigkeit nicht so stark entwickelt wie bei Fachhochschulabsolventen anderer Fächergruppen. Waren im Jahr 1980 827 arbeitslose Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler registriert, stieg diese Zahl bis zum Jahr 1984 auf 1.590 Arbeitslose an. Diese Zunahme ist vor allem auf die steigende Arbeitslosigkeit bei Sozialwissenschaftlern und sozial-

pflegerischen Berufen zurückzuführen. Diese beiden Berufsgruppen weisen die höchsten Arbeitslosenquoten bei Fachhochschulabsolventen auf.

Für die nahe und mittelfristige Entwicklung zeichnet sich keine wesentliche Änderung des Arbeitsmarktes für Hochschulabsolventen ab. Bei stark konjunkturabhängiger Nachfrage wird das Angebot an Hochschulabsolventen in allen Fachrichtungen künftig noch erheblich steigen. Damit wird sich das Arbeitsmarktrisiko für alle Hochschulabsolventen, insbesondere aber für Lehrer, wesentlich erhöhen.

3. Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern (Ausgenommen Beschäftigungsbereich: Bildung und Wissenschaft)

Gegenstand dieser Untersuchung soll die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in Bayern im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland sein. Dabei soll besonders das Beschäftigungsvolumen und die Beschäftigungsentwicklung von Hochschulabsolventen außerhalb des Bildungswesens untersucht werden. Zur Beschäftigungssituation und -entwicklung im Lehr- und Schulbereich werden laufend zukunftsorientierte Untersuchungen der Kultusministerkonferenz sowie der Kultusministerien der einzelnen Länder veröffentlicht¹⁾. Trotzdem wird zu gegebener Zeit auf die Beschäftigungsproblematik im Bildungsbereich eingegangen werden müssen, da bisher das Bildungswesen für die Beschäftigung von Hochschulabsolventen von zentraler Bedeutung war.

Im Folgenden soll zunächst ein Überblick über die Bedeutung des öffentlichen Dienstes im Rahmen der Gesamtbeschäftigung sowie über die Beschäftigungsstruktur gegeben werden, damit der Bereich, in dem Hochschulabsolventen Beschäftigung finden können, bekannt wird.

3.1 Die Bedeutung und der Stellenwert des öffentlichen Dienstes als Beschäftigungsträger im Rahmen der Gesamtbeschäftigung

Die Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst ist zu einem zentralen politischen Thema geworden, da einerseits im-

1) Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Prognose zum Lehrerbedarf in Bayern, Ministerium für Unterricht und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart, Berufsziel Lehrer ja - nein ?, Der Niedersächsische Kultusminister, Hannover, Einstellungschancen für Lehrer, Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Informationen zum Lehrerbedarf und Lehrangebot in Nordrhein-Westfalen, Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Mainz, Lehrer werden, aussichtslos ?, Kultusministerium Schleswig-Holstein, Kiel, Berufsziel Lehrer - ja oder nein ?.

mer neue Defizite in den öffentlichen Haushalten in zunehmendem Maße zu Einsparungen im Personalhaushalt führen, andererseits der öffentliche Dienst angesichts der Krisensituation am Arbeitsmarkt einen besonderen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit leisten sollte. "Freilich dürfte die Krisensituation am Arbeitsmarkt derzeit weniger dazu geeignet sein, Einsparungen im Personalsektor mit der beschäftigungspolitischen Verantwortung der öffentlichen Arbeitgeber in Einklang zu bringen, als dies zu konjunkturell günstigen Zeiten der Fall wäre"¹⁾.

Ein Rückblick auf die Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 1975 bis 1981 um mehr als 8 % gestiegen ist, während die Gesamtbeschäftigung um etwa 4 % zunahm. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Dienst vermehrt durch die steigende Zahl der Teilzeitbeschäftigten hervorgerufen wurde, während die Zahl der Vollbeschäftigten nur geringfügig höher (+ 5 %) als der Zuwachs bei der allgemeinen Beschäftigung lag.

Damit weist die Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst bei weitem nicht mehr so hohe Zuwachsraten auf wie zu Beginn der 70er Jahre, als die Beschäftigungsexpansion insbesondere im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen erfolgte. In diesem Zeitabschnitt wurden zudem neue Gesetze, z.B. das Bundesraumordnungsgesetz, das Städtebauförderungsgesetz und verschiedene Umweltgesetze erlassen, zu deren Durchführung Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden mußten. Auch der Ausbau der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes sowie die Errichtung neuer Bundes- und Landesministerien erhöhten den Personalbedarf im öffentlichen Dienst.

¹⁾ Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Der Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern, 1983, S. 4.

In Bayern hat sich seit 1975 die Beschäftigung im öffentlichen Dienst etwas stärker (+ 10 %) als in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland (+ 8 %) erhöht. Auch hier hat die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung zum überproportionalen Wachstum der Beschäftigung im öffentlichen Dienst geführt. Inzwischen ist allerdings die expansive Entwicklungsphase zum Stillstand gekommen; bereits ab 1980 hat sich die Personalzunahme im öffentlichen Dienst in Bayern auf 1,5 % jährlich verlangsamt, ein noch geringerer Anstieg war im Jahr 1982 mit nur 1 % zu verzeichnen.

Die Bedeutung und der Stellenwert des öffentlichen Dienstes als Beschäftigungssträger im Rahmen der Gesamtbeschäftigung

Jahr	Bundesrepublik Deutschland Erwerbstätiges Personal im Gesamt 1) in Mio.	Anteil im öff. Dienst in %	B a y e r n Erwerbstätiges Personal im Gesamt 3) in Mio.	Anteil im öff. Dienst in %
1970	26,8	3,65	4,89	0,61
1975	25,8	4,18	4,91	0,70
1980	26,9	4,42	5,17	0,75
1982	26,8	4,53	5,15	0,77
				in %
				12,5
				14,3
				14,5
				15,0

1) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Ergebnisse der Vollerhebung 1970 und der Mikrozensusaufnahme des jeweiligen Jahres.

2) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Erwerbstätigkeit, Personal des öffentlichen Dienstes, Wirtschaft und Statistik, 6/82, S. 477 f.

3) Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Vollerhebung und der Mikrozensusaufhebungen des jeweiligen Jahres.

4) Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Der Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern, 1982.

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 1982 knapp 17 % aller Erwerbstätigen und in Bayern 15 % aller Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst beschäftigt. Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich der Beschäftigungsanteil vor allem Anfang der 70er Jahre beträchtlich erhöht. Wenn in der Bundesrepublik Deutschland jeder Sechste und in Bayern jeder Siebte im öffentlichen Dienst beschäftigt ist,

entspricht dies einer Größenordnung, die etwa bei dem Beschäftigtenanteil des Wirtschaftsbereiches Handel und Verkehr liegt. Hier waren im Jahr 1983 in der Bundesrepublik Deutschland 4,6 Mio. und in Bayern 0,78 Mio. Erwerbstätige beschäftigt.

Bei der Würdigung des Stellenwertes des öffentlichen Dienstes als Beschäftigungsträger ist ferner zu berücksichtigen, daß der öffentliche Dienst als bedeutender Nachfrager nach hochqualifizierten Arbeitskräften zu betrachten ist und besonders in der Vergangenheit für die Hochschulabsolventen mit den Einsatzbereichen: Bildungs- und Gesundheitswesen einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt dargestellt hat.

3.2 Entwicklung der Beschäftigungsstruktur der im öffentlichen Dienst Beschäftigten

Der weitaus überwiegende Teil des Personals ist im unmittelbaren öffentlichen Dienst beschäftigt, d.h. bei Bund, Ländern und Gemeinden, kommunalen Zweckverbänden sowie der Deutschen Bundesbahn und Bundespost. Nur 5 % der Beschäftigten sind im mittelbaren öffentlichen Dienst, d.h. bei Sozialversicherungsträgern, Träger der Zusatzversorgung usw. tätig.

Von den 4,3 Mio Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland waren 42 % Beamte, ein Drittel Angestellte und ein Viertel Arbeiter. In Bayern lag im Jahr 1982 der Anteil der Beamten mit 48 % etwas höher, der Anteil der Angestellten hingegen betrug 29 %, und 23 % aller Beschäftigten waren Arbeiter.

Die Gliederung des Personals bei Bund, Ländern und Gemeinden nach Aufgabenbereichen zeigt Einsatzschwerpunkte im Bereich des Bildungswesens (28 %), der politischen Führung, der zentralen Verwaltung (17 %), dem Krankenhauswesen (11 %) und der öffentlichen Sicherheit (10 %).

In Bayern entfiel im Jahr 1982 von den insgesamt 650.000 Vollbeschäftigten fast ein Drittel (203 000) auf Bundesbedien-

stete, die insbesondere bei der Bundesbahn und der Bundespost beschäftigt waren. Mehr als 250 000 oder 39 % der im öffentlichen Dienst Beschäftigten waren beim Freistaat Bayern beschäftigt, und 190 000 oder 30 % waren im kommunalen Bereich tätig¹⁾. Die Aufgabenbereiche des Personals im Freistaat Bayern lassen eine starke Konzentration auf Schulen und Hochschulen erkennen: Fast die Hälfte (48 %) des Personals des Freistaates Bayerns ist im Bildungswesen beschäftigt. Mit etwa je 14 % Anteilen folgen die Aufgabenbereiche politische Führung und zentrale Verwaltung sowie die öffentliche Sicherheit und Ordnung; im Rechtsschutz sind in Bayern etwa 8 % des Personals tätig.

3.3 Entwicklung der Anzahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (im höheren und gehobenen Dienst) Vgl. Tab. 15 f. im Anhang, S. 109 f.)

Wie bereits oben erwähnt, stellt der öffentliche Dienst einen wichtigen Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen dar. 68 % der Universitätsabsolventen und 36 % der Fachhochschulabsolventen sind in der Bundesrepublik Deutschland im öffentlichen Dienst beschäftigt. Diese hohen Beschäftigungsanteile sind um so bemerkenswerter, als von allen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland nur 18 % im unmittelbaren oder mittelbaren öffentlichen Dienst tätig sind²⁾. Diese hohen Beschäftigtenanteile der Hochschulabsolventen haben sich in der Vergangenheit nur leicht verändert; bereits im Jahr 1970 waren 65 % aller erwerbstätigen Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen im öffentlichen Dienst beschäftigt.

¹⁾ Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Der Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern 1982, S. 17.

²⁾ Vgl. auch: Franke, Bundesanstalt für Arbeit: "Um jeden Akademikerarbeitsplatz rangen 10 Bewerber", Süddeutsche Zeitung, vom 14. Nov. 1984, Bund-Länder-Kommission, Bonn, Qualifikation und strukturelle Entwicklung der Akademikerbeschäftigung, Bericht, Sept. 1984.

In Bayern lag der Anteil der im öffentlichen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen etwas niedriger: 60 % der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und etwa ein Drittel der Fachhochschulabsolventen waren hier tätig. Dieser Unterschied ist darin begründet, daß in Bayern der Anteil der Bundesbediensteten am öffentlichen Dienst mit 31 % relativ hoch liegt. Da Bundesbedienstete wie z.B. bei Bundesbahn und Bundespost in der Regel keine Lehrer enthalten, ist hier der Akademisierungsgrad vergleichsweise gering.

In jüngster Vergangenheit hat sich die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern wie folgt entwickelt:

Die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern von 1978 bis 1982

	Erwerbstätige in 1 000			Veränderungen 1978 - 1982 in %
	1978	1980	1982	
<u>Bundesrepublik Deutschland¹⁾</u>				
Beschäftigung von Hochschulabsolventen insgesamt	1383,7	1485,6	1590,8	+ 15,0
davon: Privatwirtschaft	425,3	470,9	511,9	+ 20,4
öffentl. Dienst	958,4	1014,7	1078,9	+ 12,6
<u>Bayern²⁾</u>				
Beschäftigung von Hochschulabsolventen insgesamt	236,9	250,2	265,1	+ 11,9
davon: Privatwirtschaft	90,7	98,2	108,3	+ 19,4
öffentl. Dienst	146,2	152,0	156,8	+ 7,3

1) Tessaring, M., Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt, Mat AS 9/1984.

2) Eigene Berechnungen.

Aus der Übersicht wird deutlich, daß in den letzten vier Jahren im Bereich des öffentlichen Dienstes vergleichsweise weniger neue Arbeitsplätze geschaffen wurden als in der Privatwirtschaft. Damit haben die restriktive Haushaltspolitik und der sinkende Personalbedarf im öffentlichen Dienst vor allem im Lehrerbereich bereits auf die Beschäftigungsentwicklung Einfluß genommen.

Anders jedoch verlief die Entwicklung der Beschäftigung bei Fachhochschulabsolventen im öffentlichen Dienst. Fachhochschulabsolventen hatten bisher einen geringen Beschäftigtenanteil und wesentlich geringere Beschäftigungschancen als Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen. Das Vordringen der Fachhochschulabsolventen zeigt, daß deren Beschäftigung von der restriktiven Personalpolitik im Bereich des Bildungswesens in geringerem Umfang beeinflusst wurde.

Insgesamt hat sich die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Die Entwicklung der Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen im öffentlichen Dienst in Bayern von 1978 bis 1982

Jahr	Beschäftigung von Hochschulabsolventen - in 1 000					
	Absolventen wiss. Hochschulen			Fachhochschulabsolventen		
	Anzahl	davon öff. Dienst	Anzahl	davon öff. Dienst	Gesamt	Hochschulabsolvent. gesamt
1978	236,9	146,2	104,9	34,6	341,8	180,8
1980	250,2	152,0	120,8	39,9	371,0	191,9
1982	265,1	156,8	122,9	40,6	388,9	197,4

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen 1978 bis 1982.
Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wurde berechnet nach Grundlagen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Im Jahre 1982 waren damit fast 200 000 Hochschulabsolventen in Bayern im öffentlichen Dienst beschäftigt; davon entfielen etwa 80 % auf die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen.

Nach wie vor stellen die Lehrer im Schulbereich sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal der Hochschulen den weitaus größten Teil der im öffentlichen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen. Die personalexpansive Phase hat im Schul- und Hochschulbereich vor allem Anfang der 70er Jahre stattgefunden; im Zeitraum 1970 bis 1975 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 29 % mehr Lehrkräfte und in Bayern 21 % zusätzliche Lehrkräfte eingestellt.

Die Beschäftigung von Lehrern und wissenschaftlichem sowie künstlerischem Personal an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern von 1970 bis 1982

Jahr	Beschäftigung von Lehrpersonal in 1 000		Anteil Bayern in %
	Bundesrepublik Deutschland 1)	Bayern 2)	
1970	464,6	78,4	16,9
1975	597,1	94,7	15,9
1980	664,7	105,9	15,5
1982	690,1	110,1	16,0

1) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, S. 68 f.

2) Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Bildung und Wissenschaft in Zahlen, 1983.

Wie bereits dargestellt, sind über den "Lehrerbedarf" verschiedene Untersuchungen durchgeführt worden, die mittel- und langfristige Auskunft über das künftige Angebot und die Nachfrage nach Lehrern geben. Aus diesem Grund wird im Folgenden insbesondere die Beschäftigungsentwicklung der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst untersucht, die nicht im Bildungsbereich tätig sind.

Dabei sollen, neben der Darstellung der vergangenen Entwicklung, auch die künftigen Beschäftigungsperspektiven von Hochschulabsolventen Gegenstand der Untersuchung sein. Einer tiefergehenden und umfassenden Analyse der Ex-Post-Entwicklung sind allerdings deshalb enge Grenzen gesetzt, weil wichtige statistische Erhebungen entweder verschoben (Volks-, Berufszählung 1983, Personalstatistik des öffentlichen Dienstes) oder ausgesetzt worden sind. Aus diesem Grund konnten wichtige Untersuchungsstelle, wie z.B. fachrichtungsspezifische Beschäftigung von Hochschulabsolventen nach Aufgabebereichen oder Altersstruktur, nicht oder nur für weit zurückliegende Jahre ermittelt werden. Die folgenden Untersuchungen sollen insbesondere auf die Entwicklung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen in Bayern hinweisen, wobei sie auf die statistischen Erhebungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung sowie des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen gründen.

3.4 Entwicklung der Anzahl der Hochschulabsolventen nach Besoldungs- und Laufbahngruppen (Vgl. Tab. 17 f. im Anhang, S. 111 f.)

Hochschulabsolventen werden entsprechend ihrer Ausbildung im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt. Fachhochschulabsolventen finden vornehmlich Beschäftigung im gehobenen Dienst. Eingangsstufe für Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen hingegen ist der höhere Dienst. Dies gilt für Richter, Staatsanwälte, Ärzte sowie Universitätsabsolventen mit Diplom oder Staatsexamen und Gymnasial- und Berufsschullehrer. Bei Lehrern für Realschulen oder Haupt- und Grundschulen stellt der gehobene Dienst die Grundlage der Einstufung dar.

In der nachfolgenden Übersicht ist die Entwicklung der Beschäftigung im höheren und gehobenen Dienst in Bayern, differenziert nach den Erwerbstätigen innerhalb und außerhalb des Bildungsbereichs, für den Zeitraum 1968 bis 1982/83 dargestellt:

Die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im höheren und gehobenen Dienst in Bayern 1968 bis 1982/83
 Freistaat Bayern und Gemeinden (ohne Bundesbedienstete)

Jahr	Beschäftigte in 1 000		
	Gesamt	davon im Bildungswesen	davon ohne Bildungswesen
Höherer Dienst			
1968	34,9	19,3	15,6
1977	50,9	40,9	10,0
1980 1)	66,9	47,4	19,5
1982/83 1)	70,0	50,0	20,0
Gehobener Dienst			
1968	76,8	40,5	36,3
1977	101,7	57,6	44,1
1980 1)	106,5	61,3	45,2
1982/83 1)	111,0	64,4	46,6
Höherer Dienst Zuwachs 1968 - 82 in %	+ 100	+ 159	+ 28
Zuwachs Gehobener Dienst 1968 - 82 in %	+ 44	+ 59	+ 28

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes, 1968 und 1977, a.a.O.

1) Teilweise eigene Berechnungen, da keine detaillierten Statistiken vorliegen.

Aus der Übersicht wird deutlich, daß sich die Zahl der erwerbstätigen Hochschulabsolventen insbesondere im höheren Dienst seit 1968 stark erhöht, d.h. verdoppelt hat; dieser Anstieg ist insbesondere auf die Ausweitung der im Bildungswesen tätigen Hochschulabsolventen zurückzuführen (Anstieg + 159 %). Die Zahl der außerhalb des Bildungswesens tätigen Hochschulabsolventen im höheren Dienst ist im gleichen Zeitraum nur um 28 % gestiegen.

Auch bei den Erwerbstätigen im gehobenen Dienst ist der Anstieg der im Bildungswesen Beschäftigten wesentlich höher als bei außerhalb des Bildungswesens Tätigen. Bemerkenswert

ist, daß sowohl bei den Beschäftigten im höheren als auch im gehobenen Dienst der Anstieg der außerhalb des Bildungswesens Tätigen mit 28 % gleich verlaufen ist.

Bisher wurden nur die Zahlen der erwerbstätigen Hochschulabsolventen beim Freistaat Bayern und in den Gemeinden betrachtet; nimmt man noch die Zahl der im Bundesdienst stehenden Hochschulabsolventen hinzu, ist folgende Gesamtentwicklung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen in Bayern im öffentlichen Dienst zu erkennen:

Beamte und Angestellte im höheren und gehobenen Dienst im Freistaat Bayern, in den Gemeinden und im Bundesdienst in Bayern 1968 bis 1982/83 (außerhalb des Bildungswesens)

Jahr	Nichtbeschäftigte Beamte und Angestellte - in 1 000		
	im höheren Dienst	im gehobenen Dienst	Gesamt
1968	19,0	54,6	73,6
1977	22,7	64,2	86,9
1980	23,9	66,2	90,1
1982/83	24,0	68,0	92,0
Zuwachs 1968 bis 1982/83 in %	+ 26	+ 25	+ 25

Im Zeitraum 1968 bis 1982/83 ist die Gesamtzahl aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in Bayern um 26 % gestiegen; die Zahl der beschäftigten Hochschulabsolventen außerhalb des Bildungswesens hat im gleichen Zeitraum fast im gleichen Umfang zugenommen (+ 25 %). Damit hat die Stellsituation dieser Beschäftigtengruppe entsprechend der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst stattgefunden. Die starke Expansion der im höheren und gehobenen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen beim Freistaat Bayern ist somit ausschließlich auf den starken Ausbau des Bildungswesens zurückzuführen.

Bereits jetzt kann festgestellt werden, daß der öffentliche Dienst außerhalb des Bildungswesens mit bisher 24 000 Arbeitsplätzen im höheren Dienst ein erhebliches Arbeitsmarktpotential für Hochschulabsolventen darstellt. Derzeit ist etwa jeder fünfte Absolvent wissenschaftlicher Hochschulen im unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens tätig, wobei je etwa die Hälfte der Hochschulabsolventen im höheren und gehobenen Dienst Beschäftigung gefunden hat. Bei den Fachhochschulabsolventen ist es in etwa jeder Dritte, dessen Tätigkeitsbereich vornehmlich in die gehobenen Laufbahngruppen eingestuft ist.

Letztlich gibt es im höheren und gehobenen Dienst auch noch Beschäftigte, die kein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen können. Fast jeder zehnte Erwerbstätige in diesen Laufbahngruppen hat ohne Hochschulabschluß Aufnahme in den öffentlichen Dienst gefunden. Dabei handelt es sich in erster Linie um Abiturienten, die ohne Studium in den gehobenen Dienst aufgenommen wurden und um Beamte und Angestellte, die sich höherqualifiziert haben.

Der Anteil dieser Beschäftigtengruppe ist in der Vergangenheit infolge der Zunahme des Angebots an Hochschulabsolventen immer geringer geworden. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in der Zukunft weiter fortsetzen, wenngleich es für Aufstiegsbeamte vor allem im gehobenen Dienst immer Arbeitsplätze geben wird. Ein weiteres Vordringen der Hochschulabsolventen in diesem Bereich wird vor allem zu Lasten der Abiturienten gehen, die ihrerseits damit eine bedeutende Alternative zum Studium verlieren. Beamte und Angestellte, die früher mit Abitur als Eingangsqualifikation z.B. in den gehobenen Dienst übernommen wurden, werden sicher künftig nach ihrem Ausscheiden nicht mehr durch Abiturienten, sondern durch Absolventen von z.B. Beamtenfachhochschulen ersetzt werden.

3.5 Aufgabengebiete der Hochschulabsolventen

Die Aufgliederung des Personals im höheren Dienst zeigt, daß etwa die Hälfte der Hochschulabsolventen außerhalb des Bildungswesens in der zentralen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit und im Rechtsschutz tätig ist. Dies gilt sowohl für die Beschäftigungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in Bayern. Vor allem Juristen sind hier als Richter und Staatsanwälte aber auch als in der Ausbildung befindliche Rechtsreferendare beschäftigt.

Im Bereich des gehobenen Dienstes ist in der Bundesrepublik Deutschland eine ähnliche Beschäftigungskonzentration festzustellen; in Bayern hingegen sind etwa zwei Drittel der im gehobenen Dienst beschäftigten Hochschulabsolventen in den allgemeinen Diensten tätig.

Eine weitere Aufgliederung der Aufgabengebiete für Hochschulabsolventen ist der folgenden Übersicht zu entnehmen, die leider nur für das Jahr 1977 vollständig darstellbar war, deren Grundstruktur sich allerdings bis zum heutigen Zeitpunkt nicht wesentlich verändert hat:

Aufgabenbereiche der Hochschulabsolventen im höheren und gehobenen Dienst (außerhalb des Bildungswesens) in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern im Jahr 1977

Aufgabenbereich	Bundesrepublik Deutschland				B a y e r n ¹⁾			
	höherer Dienst	gehoherer Dienst	höherer Dienst	gehoherer Dienst	höherer Dienst	gehoherer Dienst	höherer Dienst	gehoherer Dienst
	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %
Zentrale Verwaltung, öff. Sicherheit u. Rechtsschutz	63,1	47	194,7	54	9,3	49	29,6	67
Soziale Sicherung	3,6	3	39,1	11	0,5	3	3,7	8
Gesundheit, Sport und Erholung	26,1	19	19,1	5	5,3	28	2,4	6
Wohnungswesen u. Raumordnung	4,9	4	23,5	7	0,8	4	2,3	5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4,4	3	7,0	2	1,5	8	1,8	4
Energie und Wasserversorgung	1,5	1	3,7	1	0,3	2	0,7	2
Verkehr und Nachrichten	2,7	2	10,5	2	0,3	2	1,0	2
Wirtschaftsunternehmen	2,9	2	13,6	4	0,8	4	2,6	6
Bundesverwaltung	25,8	19	27,9	14	-	-	-	-
G e s a m t	135,0	100	359,1	100	18,8	100	44,1	1000

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes 1977, Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes 1977.

1) Bayern ohne Bundesbedienstete (Bundespost und Bundesbahn).

Weitere Hauptaufgabengebiete stellen das Gesundheitswesen, Sport und Erholung dar, wobei hier vor allem Ärzte im Bereich des Krankenhauswesens tätig sind. Das Kranken-

hauswesen ist strukturbedingt in Bayern etwas stärker ausgebaut, weil es sich hier um einen Flächenstaat handelt, bei dem auch in geringer bevölkerten Gebieten Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge vorhanden sein müssen, selbst wenn diese nicht optimal ausgelastet werden. Dies macht sich in einem höheren Anteil der in diesem Bereich des höheren Dienstes arbeitenden Hochschulabsolventen bemerkbar.

Auch im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist der Beschäftigtenanteil leitender Beamte und Angestellter in Bayern - in Folge der Bedingungen eines Flächenstaates - etwa doppelt so hoch wie in anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland.

Schließlich ist noch die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in Bundesbehörden darzustellen. Dabei handelt es sich um Tätigkeiten bei Bundesbahn und Bundespost, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, in öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften, die unmittelbar der Aufsicht eines Bundesministeriums unterstehen, z.B. die Bundesanstalt für Arbeit sowie in Wirtschaftsunternehmen.

Insgesamt waren im Bundesdienst im Jahr 1977 3 900 Hochschulabsolventen im höheren Dienst und 20 000 Hochschulabsolventen im gehobenen Dienst in Bayern beschäftigt. Diese Zahlen nahmen bis zum Jahr 1982/83 nur noch geringfügig zu: Derzeit sind im höheren Dienst 4 000 und im gehobenen Dienst 21 000 Bundesbedienstete beschäftigt. Bei dieser Beschäftigungsstruktur fällt auf, daß Beamte und Angestellte im höheren Dienst im Vergleich zur Beschäftigungsstruktur im Freistaat Bayern und in den Kommunen weniger stark vertreten sind. Im Bund treffen auf einen Beamten oder Angestellten im höheren Dienst 5 Beschäftigte im gehobenen Dienst, während im Freistaat Bayern dieses Verhältnis bei 1 : 2,4 liegt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Bundesbahn und Bundespost als Hauptbeschäftigungsträger des Bundesdienstes in Bayern vergleichsweise nur wenige Führungskräfte (etwa 800) beschäftigen, während im gehobenen Dienst über 10 000 tätig sind. Eine weitere Besonderheit des Bundesdienstes liegt darin, daß im höheren Dienst, insbesondere

re bei der Bundesbahn, überwiegend Ingenieur- und naturwissenschaftlich ausgebildete Hochschulabsolventen tätig sind, während im Bereich der mittleren Führungsebene (gehobener Dienst) das nicht-technisch ausgebildete Personal überwiegt (Vgl. Tabelle 19, S. 113 im Anhang).

3.6 Die Ausbildung der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst nach Fachrichtungen

Die Ausbildung der Hochschulabsolventen nach Fachrichtungen wurde statistisch nur sehr selten erhoben; für Bayern liegt bisher nur eine einzige Untersuchung aus dem Jahre 1968 vor¹⁾. In dieser Erhebung wurde allerdings nur der höhere Dienst im Hinblick auf die fachrichtungsspezifische Ausbildung des Personals dargestellt, für den gehobenen Dienst erfolgte diese Aufteilung nicht. In der statistischen Erhebung 1977 wurde die Ausbildungsstruktur des Personals im öffentlichen Dienst weder für den höheren noch den gehobenen Dienst nach Fachrichtungen erhoben²⁾.

Im folgenden kann deshalb nur die Ausbildungsstruktur der Beschäftigten im höheren öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens für das Jahr 1968 dargestellt und durch Schätzungen für das Jahr 1982/83 ergänzt werden. Diese Schätzungen beruhen auf Entwicklungstendenzen, die mit Hilfe anderer statistischer Quellen ermittelt werden konnten.

1) Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes in Bayern 1968, Heft 308, S. 163 f.
2) Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes 1977, Heft 376.

Die Entwicklung der Ausbildungsstruktur im höheren Dienst im Freistaat und den Gemeinden Bayerns von 1968 bis 1982/83 (ohne Bildungsbereich und Bundesbedienstete)

Fächergruppe	1968		1982/83 ¹⁾	
	Anzahl in 1 000	Anteil in %	Anzahl in 1 000	Anteil in %
Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften	4,4	28	6,3	32
Medizinische Wissenschaften	3,3	21	5,3	26
Ingenieurwissenschaften	2,1	13	3,0	15
Agrarwissenschaften	1,1	7	1,2	6
Naturwissenschaften	0,1	1	0,2	1
sonstige Fachrichtungen	0,6	4	0,5	3
übriger höherer Dienst	1,4	9	0,8	4
Personal in Ausbildung	2,4	16	2,8	14
Gesamt	15,6	100	20,1	100

1) Eigene Berechnungen

Außerhalb des Bildungswesens sind es vornehmlich die Juristen, die bisher im höheren öffentlichen Dienst beschäftigt wurden. Berücksichtigt man auch das in Ausbildung befindliche Personal im höheren Dienst, das wiederum zum größten Teil aus Rechtsreferendaren besteht, beträgt der Anteil der Juristen im höheren Dienst über 40 %. Dabei haben seit 1968 die Juristen durch vermehrte Ausbildung in den Aufgabenbereichen öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz einen überproportionalen Zuwachs im Beschäftigtenanteil erfahren. Juristen werden vor allem als Richter, Staatsanwälte und Rechtsreferendare beschäftigt; im Jahr 1982 waren in Bayern etwa 2 500 Richter im Landesdienst und 600

Staatsanwälte sowie über 2 000 Rechtsreferendare tätig.

Eine noch größere Personalzunahme im höheren Dienst ist bei Medizinerinnen festzustellen; seit 1968 ist die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mediziner um über 60 % gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im Rahmen enormer Anstrengungen im Krankenhausbau vor allem bei den Kommunen eine immer größer werdende Zahl an Ärzten erforderlich war. Von den im Jahr 1982 in Bayern im Krankenhauswesen beschäftigten 11 400 Ärzten waren etwa zwei Drittel im öffentlichen Dienst beschäftigt. Läßt man die an den Universitätskliniken tätigen Ärzte (knapp 3 000) außer Acht, waren im Jahr 1982 in Bayern etwa 5 000 Ärzte im öffentlichen Gesundheitswesen tätig.

Infolge der Zunahme der Bautätigkeit wurden seit 1968 vermehrt Ingenieure in den öffentlichen Dienst eingestellt; ihre Zahl erhöhte sich bis zum Jahr 1982/83 um 43 % auf etwa 3 000 Beschäftigte. Dabei wurden insbesondere Bauingenieure bevorzugt, die in der Landesplanung, Bauverwaltung und Wohnungswirtschaft sowie im Straßenbau spezialisiert sind. Berücksichtigt man noch den Bundesdienst, sind in Bayern noch wesentlich mehr Ingenieure tätig, so z.B. bei Bundespost (Elektroingenieure) und Bundesbahn (Bauingenieure).

Entsprechend dem allgemein rückläufigen Trend im Landwirtschaftssektor hat sich die Beschäftigung von Diplom-Landwirten und Diplom-Forstwirten seit 1968 in Bayern nur geringfügig verändert; eine leichte Beschäftigungszunahme ist mit dem differenzierten Verwaltungsaufwand im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu erklären.

Bei der Beschäftigung von Absolventen sonstiger Fachrichtungen sowie im übrigen höheren Dienst ist eine rückläufige Entwicklung festzustellen, wobei infolge der Zunahme des Angebots an Hochschulabsolventen die Zahl der qualifizierten Aufstiegsbeamten zurückging.

3.7 Die Beschäftigung von weiblichen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst

Betrachtet man zunächst die allgemeine Beschäftigungsentwicklung von weiblichen Hochschulabsolventen, so ist festzustellen, daß der Anteil der Frauen in den vergangenen Jahren an allen erwerbstätigen Hochschulabsolventen zwar leicht gestiegen ist, aber noch lange nicht den Erwerbsbeteiligungsanteil anders ausgebildeter Frauen erreicht hat. Von den insgesamt 388 000 erwerbstätigen Hochschulabsolventen im Jahr 1982 waren 105 000 weibliche Hochschulabsolventen; dies bedeutet, daß etwa jeder vierte erwerbstätige Hochschulabsolvent eine Frau war. Dabei waren Frauen vornehmlich als Absolventen mit einem Abschluß an einer wissenschaftlichen Hochschule berufstätig; ihr Anteil an allen erwerbstätigen Hochschulabsolventen betrug über 30 %. Bei Fachhochschulabsolventen hingegen war der Frauenanteil mit 18 % unterdurchschnittlich. Dies ist damit zu erklären, daß das Studienangebot an Fachhochschulen vornehmlich bei den technischen Fächern lag, die von Frauen nur zu einem ganz geringen Anteil studiert werden. Da die allgemeine Erwerbsbeteiligung der Frauen im Jahr 1982 in Bayern 38 % betrug, lagen die entsprechenden Werte bei weiblichen Hochschulabsolventen, insbesondere bei Fachhochschulabsolventinnen, erheblich unter diesem Niveau.

Betrachtet man die Entwicklungen in der Vergangenheit, kann man trotz zunehmender Studienbeteiligung der Frauen nur eine langsame Steigerung ihrer Erwerbsbeteiligung erkennen.

Die Entwicklung der Beschäftigung weiblicher Hochschulabsolventen in Bayern 1978 bis 1982

	1976		1982	
	Anzahl in 1 000	Anteil der Frauen in %	Anzahl in 1 000	Anteil der Frauen in %
	Gesamtbeschäftigung			
Erwerbstätige Absolventen wiss. Hochschulen	218		265	
davon: Frauen	63	29	83	31
Erwerbstätige Fachhochschulabsolventen	100		123	
davon: Frauen	14	14	22	18
Gesamt	318		388	
davon: Frauen	77	24	105	27
	Beschäftigung in Bildungs- und Sozialwesen			
Erwerbstätige Absolventen wiss. Hochschulen	109		122	
davon: Frauen	45	41	54	44
Erwerbstätige Fachhochschulabsolventen	5		10	
davon: Frauen	4	80	7	70
Gesamt	114		132	
davon: Frauen	49	43	61	46

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen 1976 und 1982.

Diese Ergebnisse sind zu berücksichtigen, wenn man die Entwicklung der Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst bewertet. Nimmt man die Entwicklung der Beschäftigung aller weiblichen Bediensteten im Freistaat und in den Gemeinden Bayerns, entspricht der Anteil der Frauen an allen öffentlichen Bediensteten bis zum Jahr 1982 etwa dem Anteil der allgemeinen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die gleiche Entwicklung ist für die Beschäftigung von Frauen

im gehobenen Dienst festzustellen; hier werden weibliche Hochschulabsolventen vor allem als Lehrer an Grund- und Hauptschulen sowie Realschulen beschäftigt. Im höheren Dienst hingegen sind weibliche Hochschulabsolventen selbst bei Einbezug des Bildungswesens erheblich unterrepräsentiert; mit einem Anteil unter 20 % haben Frauen dort etwa halb so häufig Beschäftigung gefunden wie in den niedrigeren Laufbahnen des öffentlichen Dienstes.

Die Entwicklung der Beschäftigung von weiblichen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in Bayern von 1968 bis 1982/83¹⁾²⁾

	1968		1977	
	Anzahl in 1 000	Anteil Frauen in %	Anzahl in 1 000	Anteil Frauen in %
Alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen	103,6	32,8	146,6	36,9
davon: Frauen im höheren Dienst	5,0	14,2	11,1	18,8
ohne Bildungswesen	1,5	9,6	2,2	11,6
im gehobenen Dienst	24,6	32,0	36,7	36,1
ohne Bildungswesen	3,6	9,7	5,5	12,4

1) Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes in Bayern, 1977 und 1982/83 a.a.O.

2) ohne Bundesbedienstete

Aus der Übersicht wird ersichtlich, daß weibliche Hochschulabsolventen bisher überwiegend im Bildungswesen beschäftigt wurden; außerhalb des Bildungswesens waren Frauen sowohl im höheren wie auch im gehobenen Dienst erheblich unterrepräsentiert. War im Jahr 1968 nur jeder zehnte Bedienstete im höheren sowie im gehobenen Dienst eine Frau, erhöhte sich

dieser Anteil zwar in den folgenden 15 Jahren etwas, aber im Vergleich zu anderen Beschäftigungsstrukturen unterproportional. Wenn heute jeder siebte erwerbstätige Hochschulabsolvent im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens eine Frau ist, so entspricht dies etwa einem Drittel des Gesamtbeschäftigungsanteils der Frauen. Bemerkenswert dabei ist die synchrone Entwicklung der Beschäftigung im höheren und gehobenen Dienst.

Betrachtet man die Ausbildung der weiblichen Hochschulabsolventen im höheren Dienst, ist eine klare Konzentration auf Ausbildungsschwerpunkte wie Medizin (etwa die Hälfte) und Rechtswissenschaften (etwa 20 %) zu erkennen. Entsprechend sind auch die Aufgabenbereiche der weiblichen Hochschulabsolventen auf das Krankenhauswesen sowie auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften konzentriert.

3.8 Altersstruktur der Hochschulabsolventen (Vgl. Tab. 21 f. im Anhang, S. 115 f.)

Zum ersten Mal wurden bei der Personalstrukturerhebung im Jahr 1968 Informationen über den Altersaufbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewonnen. Für einen Zeitvergleich bis zum Jahr 1982/83 wurde die Personalstatistik des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen ausgewertet. Bei beiden Erhebungen waren allerdings die Bediensteten des Bundes in Bayern nicht berücksichtigt.

Um die Altersstruktur des Personals im höheren und gehobenen Dienst darzustellen, ist zunächst ein Vergleich mit allen in Bayern erwerbstätigen Hochschulabsolventen angebracht. Auch hier sind die erwerbstätigen Hochschulabsolventen im Bundesdienst nicht enthalten.

Altersstruktur der erwerbstätigen Hochschulabsolventen in Bayern 1982 nach Hochschulart und Laufbahngruppen (ohne Bildungswesen und Bundesbedienstete)

Altersklasse	Hochschulabsolventen Anteil in %			Hochschulabsolventen im öffentl. Dienst Anteil in %		
	Absolventen wissensch. Hochschulen	Fachhochschulen	alle Hochschulabsolventen	im höheren Dienst	im gehobenen Dienst	Gesamt
unter 30	17	20	18	9	17	15
30 bis 40	36	28	34	37	30	32
40 bis 50	25	30	26	31	29	29
50 bis 60	15	18	16	16	19	18
60 bis 65	4	3	4	6	4	5
über 65	3	1	2	1	1	1
Gesamt in %	100	100	100	100	100	100
in 1 000	265,1	122,9	388,0	20,1	46,6	66,7

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensuserhebung 1982, Eigene Berechnungen.

Beim Vergleich der Altersstrukturen wird deutlich, daß im öffentlichen Dienst ohne Bildungswesen die Altersklasse unter 30 Jahre weniger stark besetzt ist als bei der Gesamtbeschäftigung. Dies trifft vor allem für den höheren Dienst zu, der in dieser Klasse anteilmäßig nur etwa die Hälfte der Gesamtbesetzung aufwies. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im öffentlichen Dienst außerhalb des Bildungswesens vornehmlich Ärzte und Juristen beschäftigt werden, die eine lange universitäre Ausbildung absolvieren müssen.

Im Vergleich zur Gesamtaltersstruktur sind die Altersklassen der 30- bis 50-jährigen stark überbesetzt; dies gilt wiederum insbesondere für den höheren Dienst. Diese Strukturunterschiede sind Folgen des zu Beginn der 70er Jahre einsetzenden Nachholbedarfs im höheren Verwaltungsdienst sowie im Gesundheitswesen.

Die Unterschiede bei den über 65-jährigen Erwerbstätigen lassen sich durch die häufig längere Berufsausübung der Selbständigen über 65 Jahre hinaus erklären; nur in Ausnahmefällen können Beamte und Angestellte aufgrund des Beamtenengesetzes, des Hochschullehrgesetzes und des BAT über 65 Jahre hinaus ihren Beruf ausüben.

Betrachtet man nun die Beschäftigungsentwicklung im höheren und gehobenen Dienst in den vergangenen 15 Jahren, sind folgende Veränderungen festzustellen:

Entwicklung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im höheren und gehobenen Dienst in Bayern
(ohne Bildungswesen und Bundesbedienstete)

Altersklassen	Höherer Dienst		Gehobener Dienst	
	1968 Anteil in %	1982/83 Anteil in %	1968 Anteil in %	1982/83 Anteil in %
unter 30	13	9	30	17
30 bis 40	32	37	22	30
40 bis 50	26	31	25	29
50 bis 60	19	16	17	19
60 bis 65	9	6	5	4
über 65	1	1	1	1
Gesamt in %	100	100	100	100
in 1 000	15,6	20,1	36,3	46,6

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes in Bayern 1968, a.a.O.,
Eigene Berechnungen.

Auch bei dieser Beschäftigungsentwicklung sind deutlich die Anteilsrückgänge der unter 30-jährigen zu erkennen. Nicht nur relativ, sondern auch absolut wurden im Jahr 1982 weniger Hochschulabsolventen unter 30 Jahre beschäftigt als im Jahr 1968. Dies liegt sicherlich hauptsächlich an der Verlängerung der Studienzeiten, aber auch die restriktive Einstellungspolitik im öffentlichen Dienst dürfte bereits auf diese Entwicklung Einfluß genommen haben.

Die Beschäftigungsanteile der 30- bis 50-jährigen hingegen haben sowohl im höheren wie insbesondere im gehobenen Dienst erheblich zugenommen. Dies ist insbesondere auf die expansive Personalpolitik in den 70er Jahren zurückzuführen, die zur Deckung des erhöhten Personalbedarfs im Krankenhauswesen, im Rechtsschutz und in der Verwaltung notwendig war.

Im Zeitraum 1968 bis 1982/83 ist somit im höheren und gehobenen öffentlichen Dienst eine echte Verjüngung des Personals zu verzeichnen: Die Zahl der unter 50-jährigen Beamten und Angestellten nahm stark zu, wohingegen die Anteile des Personals im Alter von 50 Jahren und darüber sanken. Bei den Beamten und Angestellten im Alter über 60 Jahren ist es sowohl im höheren wie auch im gehobenen Dienst zu einem absoluten Rückgang der Beschäftigten gekommen, was sicherlich auf die individuell flexible Gestaltung des Ruhestandsalters zurückzuführen ist.

Durch die starke Überbesetzung der Altersklassen der 30- bis 50-jährigen und durch die geringe Zahl der über 50-jährigen ist über Jahre hinaus für die Personalpolitik im höheren und gehobenen Dienst nur ein enger Spielraum gesetzt. Während der nächsten Jahre, in denen nur wenige Beamte und Angestellte aus dem Berufsleben ausscheiden werden, können dem Nachwuchs nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Diese Perspektive wird sich erst dann ändern, wenn die stark besetzten Jahrgänge der jetzt 40- bis 50-jährigen das Ruhestandsalter erreichen werden.

3.9 Teilzeitbeschäftigung bei Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst

Bei Beschäftigungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt ist die Teilzeitbeschäftigung als eine Möglichkeit zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation immer wieder im Gespräch. Bei einem geringer werdenden Gesamtarbeitsvolumen ist die Teilzeitbeschäftigung sicher ein Mittel zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze, sofern die geteilten Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden. Voraussetzungen hierfür sind betriebswirtschaftlich, organisatorisch und technisch vertretbare Teilbarkeit der Arbeit sowie die Bereitschaft der Arbeitgeber, Teilzeitarbeit anzubieten, sowie deren Annahmen durch die Arbeitnehmer.

Wenn in der bisherigen Untersuchung ausschließlich die Beschäftigungssituation und -entwicklung des vollbeschäftigten Personals im öffentlichen Dienst dargestellt wurde, ist dies darauf zurückzuführen, daß die Teilzeitbeschäftigung bisher eine relativ untergeordnete Rolle gespielt hat. Dies gilt sowohl für die Gesamtbeschäftigung aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland als auch für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, insbesondere bei Hochschulabsolventen.

Die Teilzeitbeschäftigung nahm in der Vergangenheit zwar laufend zu, hat aber insbesondere im höheren und gehobenen Dienst noch keine beschäftigungspolitische Bedeutung erreicht.

Um die Größenordnung, die die Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst einnimmt, zu verdeutlichen, sei zunächst die Gesamtentwicklung der Teilzeitbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt:

Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im Rahmen der Gesamtbeschäftigung und im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1977 bis 1982/83

	1977		1982/83	
	Gesamtbeschäftigung in Mio.	Öffentlicher Dienst in Mio.	Gesamtbeschäftigung in Mio.	Öffentlicher Dienst in Mio.
Erwerbstätige gesamt	26,0	4,2	26,6	4,5
davon: Teilzeitbeschäftigung	3,6	0,5	3,9	0,7
Anteil der Teilzeitbeschäftigung in %	13,8	11,9	14,7	15,6
Gesamtbeschäftigung Männer	16,3	1)	16,4	1)
davon: Teilzeitbeschäftigung	0,5	-	0,5	-
Anteil der Teilzeitbeschäftigung in %	3,1	-	3,0	-
Gesamtbeschäftigung Frauen	9,6	-	10,1	-
davon: Teilzeitbeschäftigung	3,1	-	3,4	-
Anteil der Teilzeitbeschäftigung in %	32,3	-	33,7	-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Ergebnisse der Mikrozensusbefragungen 1977 und 1982/83, Wirtschaft und Statistik, 6/83, S. 478.

1) Nach Geschlecht differenzierte Angaben waren nicht erreichbar.

Während sich die Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1977 bis 1982/83 nur geringfügig (+ 2 %) erhöhte, stieg im gleichen Zeitraum der Umfang der Teilzeitbeschäftigung um 8 %.

Die Übersicht verdeutlicht ferner die hohe Konzentration der Teilzeitbeschäftigung auf die Berufstätigkeit von Frauen; jede dritte Frau in der Bundesrepublik Deutschland ist teilzeitbeschäftigt. Bei den Männern hingegen war in der Vergangenheit die Bereitschaft, eine Teilzeitarbeit auszuüben, sehr gering. Im Zeitraum 1977 bis 1982/83 hat das Volumen der Teilzeitbeschäftigung bei Männern trotz erweiterter Möglichkeiten nicht zugenommen.

In Bayern hat sich eine ähnliche Entwicklung bei der Zahl der Teilzeitbeschäftigten ergeben; auch hier waren im Jahr 1982/83 im öffentlichen Dienst 15 % der Beschäftigten Teilzeitkräfte. Wenn im folgenden etwas niedrigere Teilzeitquoten dargestellt werden, ist dies darauf zurückzuführen, daß nur die Teilzeitbeschäftigten-Kategorie T1 (Beschäftigte mit 20 und mehr Wochenstunden) gezeigt werden kann, weil die Teilzeitbeschäftigten-Kategorie T2 (Beschäftigte mit 19 und weniger Wochenstunden) in der Statistik nicht genügend differenziert ausgewiesen wird.

Betrachtet man die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im höheren und gehobenen Dienst in Bayern, sind folgende Größenordnungen und Entwicklungstendenzen zu erkennen:

Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im höheren und gehobenen Dienst in Bayern 1977 bis 1982/83 (einschl. Bundesbedienstete)

öffentlicher Dienst	1977		1982/83	
	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %
Teilzeitbeschäftigung (T1)				
gesamt	46,7	7,6 ¹⁾	73,0	11,4 ¹⁾
davon: höherer Dienst	2,1	3,3 ²⁾	3,6	5,1 ²⁾
gehobener Dienst	5,0	4,0 ³⁾	12,1	9,0 ³⁾
Teilzeitbeschäftigung ohne Bildungswesen (T1)				
höherer Dienst	0,3	1,3 ⁴⁾	0,3	1,3 ⁴⁾
gehobener Dienst	0,5	0,8 ⁵⁾	0,7	1,0 ⁵⁾

- 1) Anteil an der Beschäftigung im öffentlichen Dienst
- 2) Anteil an der Beschäftigung im höheren Dienst in %
- 3) Anteil an der Beschäftigung im gehobenen Dienst in %
- 4) Anteil an der Beschäftigung im höheren Dienst ohne Bildungswesen in %
- 5) Anteil an der Beschäftigung im gehobenen Dienst ohne Bildungswesen in %

Die Übersicht zeigt deutlich, daß der Anteil der Teilzeitbeschäftigung im gehobenen Dienst, insbesondere aber im höheren Dienst, wesentlich niedriger als bei den übrigen Laufbahngruppen liegt. Obwohl auch hier in jüngster Vergangenheit eine deutliche Steigerung der Teilzeitbeschäftigung stattgefunden hat, haben insbesondere Beamte im höheren und gehobenen Dienst noch wenig von der Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht. Vor allem sind es aber auch hier wieder die Frauen, die fast ausschließlich die Teilzeitbeschäftigten im höheren Dienst (etwa 80 %) und im gehobenen Dienst (95 %) wahrnehmen. Dabei handelt es sich vornehmlich um teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen an

Grund- und Hauptschulen sowie an Realschulen (gehobener Dienst) sowie für Gymnasien und Berufsschulen (höherer Dienst). Obwohl sich die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen in den vergangenen fünf Jahren insgesamt mehr als verdoppelt hat, ist dennoch die Größenordnung der Teilzeitbeschäftigung als sehr gering zu bezeichnen.

Läßt man den Bildungsbereich außer acht, geht die Teilzeitbeschäftigung auf einen Umfang zurück, der fast vernachlässigt werden kann. Mit einem Prozent Beschäftigtenanteil oder 1.000 teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern im gesamten gehobenen und höheren Dienst außerhalb des Bildungswesens ist eine Größenordnung gegeben, die als unbedeutend bezeichnet werden muß. Diese Tatsache ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im höheren und gehobenen Dienst außerhalb des Bildungswesens in Bayern - wie oben dargestellt - nur wenige weibliche Hochschulabsolventen tätig sind, die in der Regel bisher immer noch das Potential für die Teilzeitbeschäftigung stellen.

Als Schlussfolgerung vor allem im Hinblick auf mögliche künftige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergibt sich, daß die Teilzeitbeschäftigung im höheren und gehobenen Dienst außerhalb des Bildungswesens unter den gegebenen Voraussetzungen auch künftig keine große Bedeutung einnehmen wird. Dies liegt vor allem in dem hohen Männeranteil, der in diesem Bereich beschäftigten Erwerbspersonen begründet, die nur in einem geringen Umfang bereit sind, Teilzeitbeschäftigung anzunehmen.

4. Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich

Zur Beurteilung der Beschäftigungs- und Bedarfsentwicklung der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst besteht die Möglichkeit, Vergleiche mit den entsprechenden Entwicklungstendenzen in anderen Staaten durchzuführen. Ein derartiger Vergleich ist vor allem dann angezeigt, wenn in der Öffentlichkeit die Meinung besteht, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Umfang der öffentlichen Verwaltung, insbesondere im höheren und gehobenen Dienst, zu groß geworden ist.

Im folgenden sollen die Beschäftigungsstrukturen für Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst anhand ausgewählter Länder gegenübergestellt werden, um die relative Stellung der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungen in anderen Ländern abschätzen zu können. Daneben soll auch der Versuch unternommen werden, gemeinsame oder auseinanderlaufende Entwicklungen zu beschreiben.

4.1 Die Problematik der Vergleichbarkeit statistischer Unterlagen über die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich

Zwischenstaatliche Beschäftigungsvergleiche sind äußerst schwierig, insbesondere wenn es sich um die Beschäftigung im öffentlichen Dienst handelt, da der öffentliche Dienst in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Umfang und andere Bedeutung besitzt. Dies trifft sowohl für die staatliche, regionale und lokale Verwaltung zu, wie auch für die Organisation der einzelnen Aufgabenbereiche z. B. im Bildungs- oder Gesundheitswesen.

Auch sind die Grenzen zwischenstaatlicher und privater

Verwaltung in den einzelnen Ländern unterschiedlich; dies gilt nicht nur für Wirtschaftsunternehmen, die sowohl öffentlich wie auch privatwirtschaftlich geführt werden können, auch im Bildungs- und Gesundheitswesen finden sich Unterschiede in der Verwaltungsstruktur.

Ebenso dürften die formalen Einstellungsbedingungen und -kriterien für Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in den einzelnen Ländern ein unterschiedliches Niveau beinhalten. Das gleiche gilt für die Laufbahnstruktur sowie für die Einstellungsebene für Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst.

Letztlich erschweren statistische Unterschiede im Hinblick auf Erhebungszeitpunkt und Differenzierung eine vergleichende Bewertung. Auch können internationale Vergleiche keine qualitativen Aspekte über den Wirkungsgrad des öffentlichen Dienstes und der in ihm beschäftigten Hochschulabsolventen aufzeigen, sondern lediglich statistisch erfassbare Größenordnungen beschreiben.

In einer Untersuchung, bearbeitet von Mitarbeitern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, wurde versucht, die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprobleme von Hochschulabsolventen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft vergleichbar zu machen.¹⁾ In dieser Untersuchung wurden neben der allgemeinen Darstellung der Bildungs- und Beschäftigungsentwicklung der Hochschulabsolventen auch die Beschäftigung im öffentlichen Dienst dargestellt. Durch Differenzierung der Ausbildung sowie der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst - soweit möglich - nach Universitätsabschlüssen (mit einer Mindestausbildungsdauer von 4 Jahren) und Ab-

¹⁾ Tessaring, M., Werner, H.: Beschäftigung und Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 1981.

schlüssen von Kurzstudiengängen, ist eine Vergleichbarkeit mit der Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland unter den dargestellten Vorbehalten möglich. Bedauerlich jedoch ist, daß die Untersuchung im Jahr 1980 stattgefunden hat und somit die Erhebungszeitpunkte (1978) schon sehr weit zurückliegen. Da dies die einzige Untersuchung mit differenzierter Aussage für die internationale Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst ist und eine eigene Untersuchung den Rahmen dieser Problemstellung übersteigen würde, ist auf die Ergebnisse der oben genannten Untersuchung zurückzugreifen¹⁾.

In dieser Untersuchung wird vor allem die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere in den "Nordländern", dargestellt. Damit kann vorausgesetzt werden, daß sich die zunehmenden Beschäftigungsschwierigkeiten nach 1978 in allen Ländern in etwa gleichmäßig entwickelt haben. Dies gilt nicht nur für die Gesamtbeschäftigung von Hochschulabsolventen, sondern auch wegen der allgemein zunehmenden restriktiven Beschäftigungspolitik für den Bereich des öffentlichen Dienstes.

4.2 Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen in ausgewählten Ländern

Bevor die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst näher dargestellt werden soll, ist es angebracht, kurz den Gesamtbeschäftigungsrahmen von Hochschulabsolventen in den einzelnen Ländern anzudeuten. Aussagefähig ist ein derartiger zwischenstaatlicher Vergleich nur dann, wenn globale Größenordnungen der Beschäftigung gegenübergestellt werden: So soll der Akademisierungsgrad als Indikator für die Beschäftigungsintensität von Hochschul-

¹⁾ In neueren internationalen Vergleichsuntersuchungen sind nur die allgemeinen Beschäftigungsentwicklungen im öffentlichen Dienst oder in einzelnen Ländern dargestellt: z.B. OECD, Employment in the public sector, Paris, 1982.

absolventen, die Arbeitslosenquoten für Hochschulabsolventen im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosigkeit als Indikator für Beschäftigungsschwierigkeiten dienen.

Für die Staaten im EG-Bereich ist für das Jahr 1978/79 folgender Beschäftigungsvergleich möglich:

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen in ausgewählten EG-Ländern¹⁾

EG-Land	Anteil der Hochschulabsolventen an der Erwerbsbevölkerung in %	Anteile der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen in %	
		Insgesamt	Hochschulabsolventen
Bundesrepublik Deutschland	5,3 (1978)	3,2 (1979)	1,8 (1979)
Frankreich	4,7 (1978)	5,6 (1979)	3,0 (1979)
Italien	4,4 (1978)	7,2 (1978)	7,4 (1978)
Großbritannien	4,9 (1976)	6,2 (1977)	4,3 (1977)
Belgien	5,9 (1977)	7,2 (1977)	1,1 (1977)
Niederlande	3,2 (1975)	5,2 (1978)	2,8 (1978)
Dänemark	6,9 (1977)	6,8 (1978)	4,6 (1979)
Durchschnitt	5,0 ²⁾	5,9 ²⁾	3,6 ²⁾

1) Tessaring, M., Werner, H.: Beschäftigung und Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, a.a.O., S. 21.

2) Dabei wird das bei den einzelnen Ländern verschiedene Erscheinungsjahr außer Acht gelassen.

Bei der Bewertung dieser Angaben muß berücksichtigt werden, daß es sich hier ausschließlich um Angaben über erwerbstätige Absolventen von universitären Langzeitstudiengängen handelt.

Die Übersicht zeigt, daß der Akademisierungsgrad in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs über dem Beschäftigungsanteil von Hochschulabsolventen in allen untersuchten Ländern liegt. In Belgien und in Dänemark zum Beispiel ist ein höherer Akademisierungsgrad als in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen. Diese Aussage gilt auch noch für das Jahr 1982; hier hat die Bundesrepublik Deutschland einen Akademisierungsgrad von 5,9 % erreicht.

Auch dieser internationale Vergleich zeigt deutlich, daß Hochschulabsolventen bisher von der Arbeitslosigkeit weniger als niedriger qualifizierte betroffen wurden. Die Arbeitslosenquoten für Hochschulabsolventen liegen - mit Ausnahme Italiens - unter dem allgemeinen Arbeitslosenkeitsniveau.

Alle herangezogenen Beschäftigungsindikatoren - Arbeitslosigkeit, Einkommen, Adäquanz der Beschäftigung - zeigen, daß Hochschulabsolventen auch in denjenigen Ländern beträchtliche Beschäftigungsvorteile besitzen, in denen die Akademisierung der Beschäftigung stärker ausgeprägt war. Man kann zwar feststellen, daß mit steigender allgemeiner Arbeitslosigkeit auch der Anteil der arbeitslosen Hochschulabsolventen zunimmt; trotzdem lag bisher die Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen fast um die Hälfte unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Inzwischen hat sich dies geändert: Die Arbeitslosenquoten der Hochschulabsolventen sind erheblich gestiegen, der Abstand zu Quoten der allgemeinen Arbeitslosigkeit hat sich deutlich verringert.

4.3 Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst

Bei der Betrachtung des Einsatzes von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst zeigen sich in den einzelnen Ländern nur geringe Unterschiede. Insgesamt kann festgestellt werden, daß über die Hälfte - etwa 60 % - aller Hochschul-

absolventen im öffentlichen Dienst tätig sind. Einen etwas höheren Beschäftigungsanteil wiesen dabei die Niederlande (71 %), Frankreich sowie Dänemark (je 63 %) und Italien mit (62 %) auf. In der Bundesrepublik Deutschland (59 %) und in England (56 %) liegt der Anteil niedriger. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Beschäftigungsanteil der Bundesrepublik Deutschlands und Englands jeweils zusätzlich auch Absolventen mit einem Abschluß an Fachhochschulen bzw. Polytechnics enthalten sind, deren Beschäftigtenanteile im öffentlichen Dienst erheblich niedriger sind als bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen. Läßt man dies außer acht, sind bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als zwei Drittel (69 %) im öffentlichen Dienst beschäftigt; in England hingegen waren es nur 59 %. Dieser etwas niedrigere Beschäftigtenanteil in England ist vor allem damit zu erklären, daß hier der öffentliche Dienst vom privaten Sektor auf manchen Gebieten nur schwer zu trennen ist. Dies ist insbesondere im Hochschulbereich der Fall, in dem sich viele Universitäten als frei und unabhängig bezeichnen, jedoch vom Staat finanziert werden.

Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich (Tabelle S.S. 73)

Hochschulabsolventen, insbesondere Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen, sind in fast allen Ländern etwa zu gleichen Teilen (zwei Drittel) im öffentlichen Dienst beschäftigt. Somit waren die Hochschulkapazitäten zu einem sehr großen Anteil auf die Ausbildung von Hochschulabsolventen ausgerichtet, die im Staatsdienst, vornehmlich im Bildungsbereich, beschäftigt werden. Den größten Beschäftigtenanteil der Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst nehmen dabei in allen Ländern die Lehrer ein. In der Bundesrepublik Deutschland z.B. waren etwa zwei Drittel aller im öffentlichen Dienst beschäftigten

Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen Lehrer; in Frankreich war dieser Anteil noch höher, in Italien hingegen waren etwas mehr als die Hälfte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten Lehrkräfte.

Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich

Länder	Gesamtbeschäftigung von Hochschulabsolventen in 1 000	Anteile der Hochschulabsolventen an allen Erwerbstätigen in %	Beschäftigung im öffentlichen Dienst in 1 000	Anteile der beschäft. Hochschulabsolventen i. öffentl. Dienst an der Gesamtbeschäftigung in %
Bundesrepublik Deutschland (1978)	1.996	7,7	1.179	59
davon:				
FHS-Absolventen	612	2,3	221	36
HRS-Absolventen	1.384	5,4	958	69
Frankreich (1978)	1.970	8,9	1.240	63
davon:				
Kurzstudiengänge	930	4,2	-	-
Universitätsstudiengänge	1.040	4,7	-	-
England (1976)	1.241	7,3	700	56
davon:				
mit höchstem Abschluß	-	4,9	-	59
Italien (1978)	916	4,4	573	62
Niederlande (1975)	147	3,2	104	71
Dänemark (1976)	182	6,9	114	63

Quelle: Tessaring, M., Warner, H.: Beschäftigung und Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, a.a.O.

Weitere Beschäftigungsschwerpunkte im öffentlichen Dienst waren in allen Ländern für Mediziner und Juristen gegeben. In der folgenden Übersicht werden die Beschäftigungsstrukturen für Lehrer und Ärzte mit entsprechenden Kennzahlen länderspezifisch dargestellt:

Die Beschäftigung von Lehrern und Ärzten im internationalen Vergleich

Land	Lehrer ¹⁾		Ärzte	
	Anzahl in 1 000	Anzahl der Schüler pro Lehrer	Anzahl in 1 000	Einwohner je Arzt
Bundesrepublik Deutschland (1974/82) ²⁾	526	22	146	421
Frankreich (1974/77)	493	20	91	581
Großbritannien (1973/79)	629	18	90	692
Italien (1974/79)	251	20 ³⁾	165	346
Niederlande (1974/79)	99	22	26	541
Dänemark (1974/80)	62	15	11	482
Schweden (1974/80)	98	13	18	454
Japan (1974/81)	401	25	155	761
USA (1974/80)	2.414	20	415	549

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Statistisches Jahrbuch 1978 und 1984.

- 1) Ohne Hochschullehrer.
2) Das erstegeführte Erhebungsjahr gilt für den Lehrerberstand, das zweitegeführte für Ärzte.
3) Nur Primarstufe.

Die Übersicht zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 70er Jahre die Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu anderen Ländern nicht besonders günstig zu bewerten ist. Dies liegt vor allem daran, daß sich die Bundesrepublik Deutschland Anfang und Mitte der 70er Jahre

noch in der expansiven Aufbauphase im Bildungswesen befand und gleichzeitig die Ausbildung einer steigenden Zahl von Schülern bewältigt werden mußte. In der Zwischenzeit hat sich allerdings hier die Schüler-Lehrer-Relation erheblich verbessert; im Jahr 1983 wurden in der Bundesrepublik Deutschland im Gesamtdurchschnitt 17 Schüler von einem Lehrer unterrichtet. Mit diesem Verhältnis erreichte die Bundesrepublik Deutschland jetzt ein Niveau, das in Dänemark und Schweden bereits Anfang der 70er Jahre gegeben war.

In der ärztlichen Versorgung nimmt die Bundesrepublik Deutschland beim internationalen Vergleich eine führende Position ein; Ärzte werden hier etwa zur Hälfte im öffentlichen Gesundheitswesen beschäftigt. Unterschiedliche ärztliche Versorgungssituationen sind zum Beispiel in Ländern wie Großbritannien und Schweden anzutreffen, in denen Ärzte zu einem überwiegenden Teil im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Schweden weist hierbei eine erheblich günstigere Versorgungssituation als Großbritannien auf.

4.4 Bewertung der gefundenen Beschäftigungsrelationen im Vergleich zu der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern

Bei der Bewertung der gefundenen Beschäftigungsrelationen im öffentlichen Dienst lassen sich im Vergleich zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern zusammenfassend folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- Die Bundesrepublik Deutschland wie auch Bayern besitzen im Vergleich zu anderen Ländern keinen besonders hohen Anteil von Hochschulabsolventen im Gesamtbeschäftigungssystem; dies gilt sowohl für die Beschäftigung von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen wie auch von Fachhochschulen.

- Auch im Bereich der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst ist keine erhebliche Abweichung zu dem Niveau in anderen Ländern festzustellen.
- Bei der Differenzierung der Beschäftigung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst nach Fächergruppen gilt, daß in allen Ländern die Lehrer den höchsten Beschäftigtenanteil stellen, gefolgt mit weitem Abstand von den Medizinerinnen und Juristen. Selbst bei unterschiedlichem Versorgungsniveau bei Hochschulabsolventen in den verschiedenen Fachrichtungen kann für die Bundesrepublik Deutschland kein überhöhter Bestand an erwerbstätigen Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst festgestellt werden.

5. Beurteilung der Bedarfsentwicklung bei Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (ohne Bildungswesen)

Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, Entwicklungsperspektiven für die voraussichtliche Bedarfsgrößenordnung von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in Bayern darzustellen. Dabei wird vorausgesetzt, daß der Personalbedarf im gehobenen und höheren Dienst in Zukunft - von wenigen Ausnahmen abgesehen - vor allem durch Absolventen von Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen gedeckt wird.

Zunächst sollen die Einflußfaktoren auf die künftige Personalentwicklung im öffentlichen Dienst dargestellt werden.

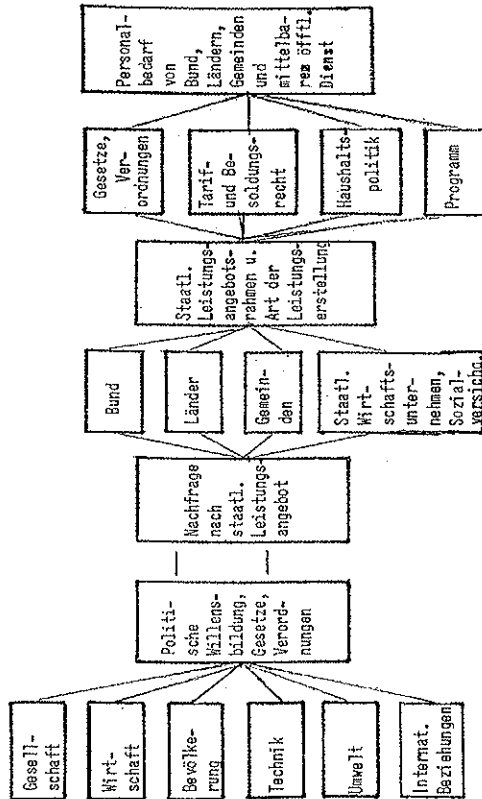
5.1 Darstellung und Bewertung der bedarfswirksamen Faktoren

Elemente für die Bedarfsentwicklung des Personals im öffentlichen Dienst sind in den Veränderungen der Gesellschaft, Wirtschaft, Bevölkerung, Technik, Umwelt und den internationalen Beziehungen zu finden. Die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen dieser Faktoren haben Einfluß auf die politische Willensbildung und bewirken Veränderungen der Nachfrage nach staatlichem Leistungsangebot. Bund, Länder, Gemeinden und öffentliche Wirtschaftsunternehmen sind beauftragt, den staatlichen Leistungsangebotsrahmen festzulegen und die Art der Leistungserstellung zu bestimmen.

Begrenzungsfaktor für das quantitative und qualitative Leistungsangebot und auch für die Art der Leistungserstellung sind Gesetze, Verordnungen, das Tarif- und Besoldungsrecht, sowie haushaltspolitische Rahmenbedingungen, z.B. Begrenzung des Finanzierungsrahmens, und programmatische Gesichtspunkte.

Einflussfaktoren für den Bedarf an Personal im öffentlichen Dienst

Dienst



Der Personalbedarf im höheren und gehobenen Dienst wurde in der Vergangenheit vor allem durch die Expansion im Bildungswesen bestimmt. Dies geschah vor allem in den 70er Jahren durch vermehrte Beschäftigung von Lehrern im Schul- und Hochschulbereich.

Der vermehrte Ausbau des Gesundheitswesens brachte zur gleichen Zeit neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulsolventen; eine steigende Anzahl von Ärzten wurde für den Dienst in Krankenhäusern benötigt. Auch die wachsenden Aufgaben im Bereich des Rechtsschutzes und der zentralen Verwaltung haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen, insbesondere für Juristen, erhöht. Hinzu kam das steigende Steueraufkommen und damit die Finanzierbarkeit der Steigerung des Personals im öffentlichen Dienst.

Für die Zukunft allerdings gilt, daß die expansive Phase der Beschäftigungspolitik im höheren und gehobenen Dienst zum größten Teil als abgeschlossen zu betrachten ist. Dies ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß infolge des zunehmenden Verschuldungsgrades von Bund, Ländern und Gemeinden eine Zunahme der Personalausgaben nicht mehr möglich sein wird. Zudem sind in manchen öffentlichen Aufgabenbereichen Sättigungsgrenzen im Personalbedarf erkennbar, deren Ursachen in der sozio-demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland liegen.

Im Bereich des Schulwesens sind es stark rückläufige Schülerzahlen, die die Fortsetzung der expansiven Einstellungspolitik bei Lehrern nicht mehr rechtfertigen. Diese Entwicklung hat bereits die Schulstufen des Primar- und Sekundarbereichs I durchlaufen und erfasst jetzt den Sekundarbereich II.

Für den Hochschulbereich gilt, daß in den kommenden Jahren immer noch stark besetzte Jahrgänge ein Studium aufnehmen werden; insofern wird der Bedarf an Hochschulpersonal bis Ende der 80er Jahre anhalten. Wegen des voraussichtlichen Nachlassens der Studienplatznachfrage in den 90er Jahren wird dieser Bedarf bewußt z.T. mit Hilfe von befristet beschäftigtem Personal bzw. mit Stellen nach dem Fiebigersplan¹⁾ gedeckt.

Auch außerhalb des Bildungswesens sind Sättigungsgrenzen im Personalbedarf feststellbar: Im Gesundheitswesen werden infolge des starken Ausbaus im Krankenhausbereich Krankenhausbetten nicht ausreichend belegt, der Bedarf an Krankenhauspersonal, insbesondere an Ärzten, wird künftig stagnieren bzw. nur noch leicht steigen.

¹⁾Fiebigers, N. Nothilfe für junge Wissenschaftler, Fiebigers-Plan. In: Uni-Kurier, Erlangen 1977.

In den Aufgabenbereichen Rechtsschutz und zentrale Verwaltung ist die künftige Entwicklung des Personalbedarfs im höheren und gehobenen Dienst unterschiedlich zu bewerten. Im Rechtsschutz wird es künftig sicher Teilbereiche geben, in denen die Nachfrage nach Hochschulabsolventen, insbesondere Juristen, leicht steigen wird. Für andere Bereiche, z.B. im Landwirtschafts- und Forstwesen wird infolge des verstärkten Personalausbaus in der Vergangenheit und des jungen Altersniveaus der Hochschulabsolventen der Personalbedarf in Zukunft eher stagnieren. Für Aufgaben z.B. des Umweltschutzes oder zur Erforschung des Waldsterbens wird dagegen zusätzliches Personal benötigt werden.

Auch im Energie- und Verkehrsbereich wird es in Zukunft Aufgabenbereiche geben, zu deren Bewältigung zusätzliches Personal im höheren und gehobenen Dienst notwendig sein wird. Allgemein kann jedoch festgestellt werden, daß die expansive Phase im höheren und gehobenen Dienst abgeschlossen ist. Für die nahe und ferne Zukunft kann - über den Ersatzbedarf hinaus - nur in Ausnahmefällen mit der Einrichtung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen gerechnet werden. In der gegenwärtigen Situation werden sogar zur Durchsetzung von Einsparungsmaßnahmen nicht mehr alle freiwerdenden Arbeitsplätze von Hochschulabsolventen wieder besetzt. Aus der Sicht der Finanzminister wäre es sogar wünschenswert, wenn künftig jede vierte Stelle für Hochschulabsolventen nach dem Ausscheiden des bisherigen Stelleninhabers eingezogen würde.

Aus diesen Gründen wird im Folgenden der Entwicklung des Ersatzbedarfs besonderes Augenmerk geschenkt.

5.2 Ermittlung des Ersatzbedarfs von Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst (Vgl. Tab. 23 f. im Anhang S. 117 f.)

Der Umfang des Ersatzbedarfs an Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst wird bestimmt durch Personalabgänge einmal vor Erreichen der Altersgrenze, insbesondere durch Tod, Erwerbsunfähigkeit, Vertragsablauf, Entlassung oder Beurlaubung, zum anderen nach Erreichen der Altersgrenze. Abgänge infolge eines Wechsels zu anderen Dienststellen, die einen sehr hohen Anteil an der Fluktuation haben, sind hier nicht zu betrachten.

Für die vergangenheitsbezogene Entwicklung des Ersatzbedarfs im höheren und gehobenen Dienst in Bayern ist zu beobachten, daß der Personalabgang im höheren Dienst we- niger stark ausgeprägt war als im gehobenen Dienst. Ab- gänge durch Tod oder vorzeitige Erwerbsunfähigkeit traten bei Beamten und Angestellten im höheren Dienst seltener auf. Hingegen war hier der allgemeine Personalwechsel von Dienststelle zu Dienststelle, vor allem infolge der Nach- wuchsausbildung, häufiger festzustellen.

Allgemein läßt sich der Trend feststellen, daß seit 1968 die Neigung zur Fluktuation im höheren und gehobenen Dienst nachgelassen hat. Dies gilt insbesondere für Be- amte im höheren Dienst, weniger hingegen für Angestellte. Die Anteile derjenigen Beamten und Angestellten, die end- gültig aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, haben sich hingegen im Zeitablauf wenig verändert: Infolge der sich stetig verjüngenden Altersstruktur betrug der Anteil der jährlich aus dem Berufsleben Scheidenden 2 % bis 2,5 %.

(Vgl. auch Tabelle 23, S. 117, im Anhang).

Unter Berücksichtigung der allgemeinen Überlebenswahrscheinlichkeit und der Erwerbsquoten der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen ist für den höheren und gehobenen Dienst in Bayern bis zum Ende dieses Jahrzehnts folgende Entwicklung des Ersatzbedarfs zu erwarten:

Jährlicher Ersatzbedarf an Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen im öffentlichen Dienst in Bayern 1982 bis 2002

Zeitraum	Jährlicher Ersatzbedarf an Hochschulabsolventen in 1 000			1a höheren und gehobenen Dienst an Schulen ²⁾
	1a höheren Dienst 1)	1a gehobenen Dienst 1)	1a höheren und gehobenen Dienst an Schulen ²⁾	
1982 - 1987	0,6	1,6	1,4 (1985)	1,4 (1985)
1987 - 1992	0,6	1,7	1,2 - 1,5 (1990)	1,2 - 1,5 (1990)
1992 - 1997	0,7	1,7	1,1 - 1,4 (1995)	1,1 - 1,4 (1995)
1997 - 2002	0,8	2,3		

1) Eigene Berechnungen.

2) Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, Prognose zum Lehrerbedarf in Bayern 1985.

Berücksichtigt man noch den Personalbedarf im Hochschulbereich, wird der Ersatzbedarf im öffentlichen Dienst in Bayern insgesamt etwas mehr als 4.000 Stellen pro Jahr betragen. Wenn über diesen Ersatzbedarf hinaus keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden, wird diese beschränkte Stellenzahl für die kommenden 15 Jahre die einzige Möglichkeit für Hochschulabsolventen darstellen, im öffentlichen Dienst beschäftigt werden zu können. Dabei wird der Bedarf an Lehrern mittelfristig weiter abnehmen, der Er-

satzbedarf in den übrigen öffentlichen Aufgabenbereichen hingegen leicht ansteigen.

Dieser voraussichtlich geringe Bedarf an Hochschulabsolventen in den kommenden Jahren gewinnt dann vermehrt Bedeutung, stellt man ihm das steigende Angebot an Hochschulneueabsolventen gegenüber: In den kommenden 20 Jahren werden durchschnittlich jährlich 16.500 Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und 8.000 Absolventen von Fachhochschulen erwartet. Wenn etwa 90 % davon berufstätig werden wollen, wird die Aufnahmequote im öffentlichen Dienst unter den dargelegten Bedingungen unter 20 % liegen. Dies würde eine drastische Senkung der Aufnahmequote des Staates gegenüber der Vergangenheit bedeuten.

5.3 Bewertung und künftige Entwicklung des gesamten Ersatzbedarfs an Hochschulabsolventen in Bayern unter Berücksichtigung des steigenden Angebots an Hochschulneueabsolventen

Wie bereits dargestellt, kann in Zukunft mit einer wesentlichen Ausweitung der traditionellen Aufgabenbereiche für Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen im öffentlichen Dienst nicht gerechnet werden. In Teilbereichen wird sogar eine Reduzierung der Arbeitsplätze infolge Bedarfsrückgangs oder Rationalisierung erwartet.

Mit dieser voraussichtlichen Entwicklung wird künftig auch eine Abnahme des gesamten Arbeitsvolumens für Hochschulabsolventen verbunden sein. Bei gleichzeitiger Zunahme des Arbeitskräfteangebots an Hochschulneueabsolventen wird die Abnahme des Gesamtarbeitsvolumens zu einer Umstrukturierung und Umverteilung der Arbeit auf mehr erwerbswillige Hochschulabsolventen führen. Vorausgesetzt wird dabei, daß nicht alle Hochschulabsolventen, die nicht im öffentlichen

Dienst beschäftigt werden können, eine andersweitige befriedigende Tätigkeit finden können.

Ansichts dieser Perspektiven stellt sich die Frage, welche Beschäftigungschancen die künftige Hochschulabsolventengeneration in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern haben wird. Auch für die Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gilt, daß im öffentlichen Dienst über den Ersatzbedarf hinaus keine wesentlichen zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen geschaffen werden können; wobei in manchen Beschäftigungsbereichen teilweise mit erheblichen Personaleinsparungen gerechnet werden muß.

Damit ist eine grundlegende Umstrukturierung und Verlagerung der Nachfrage nach Hochschulabsolventen vom öffentlichen Dienst auf die private Wirtschaft vorgezeichnet. In der privaten Wirtschaft standen in der Vergangenheit vergleichsweise nur wenige Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen zur Verfügung. Wenn hier die künftig vermehrt auftretenden Beschäftigungsprobleme gelöst werden sollen, ist es notwendig, daß vornehmlich neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen werden, da zur Sättigung des Ersatzbedarfs nur ein geringer Teil der künftigen Hochschulabsolventen benötigt wird.

Für die Beschäftigungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg bis zum Jahr 2000 folgende Perspektiven aufgezeichnet: Von den 1,5 Mio. erwerbstätigen Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen im Jahr 1980 wird um die Jahrtausendwende noch ein Restbestand von 874.000 erwerbstätig sein. Das Neuangebot dürfte bis zum Jahr 2000 bei etwa 2,1 Mio. liegen. Nach Berücksichtigung der im Zeitraum 1980 bis 2000 aus dem Berufsleben ausscheidenden 627.000 Hochschulabsolventen bleiben 1,48 Mio. Hochschulneabsolventen, für die bis dahin zusätz-

liche Arbeitsplätze geschaffen werden müßten.¹⁾ Gegenüber dem Beschäftigungsstand des Jahres 1980 würde dies eine Verdoppelung der Arbeitsplätze für Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen bis zum Jahr 2000 bedeuten. Folgt man weiter diesen Überlegungen, müßte sich die Zahl der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft im gleichen Zeitraum etwa vervierfachen; im Jahr 1982 waren im privaten Bereich in der Bundesrepublik Deutschland etwas über eine halbe Million Hochschulabsolventen erwerbstätig.

Eine ähnliche Entwicklung für die Beschäftigungsmöglichkeiten von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen ist auch in Bayern vorherzusehen: Von der Viertelmillion erwerbstätiger Hochschulabsolventen im Jahr 1980 werden bis zum Jahr 2000 voraussichtlich 108.000 Erwerbstätige aus dem Berufsleben ausscheiden. Im gleichen Zeitraum werden nach den jetzigen Erkenntnissen etwa 328.000 Hochschulneabsolventen die Universitäten verlassen; für knapp 200.000²⁾ müssen auch in Bayern neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn auch hier eine weitgehende Verlagerung der Zusatznachfrage vom öffentlichen Dienst auf die Privatwirtschaft erfolgen soll, muß eine gewaltige Zahl von zusätzlichen Arbeitsplätzen im privaten Bereich neu erstellt werden, da im Jahr 1980 nur etwa 100 000 Hochschulabsolventen in der Privatwirtschaft tätig waren.³⁾

In Bayern müssen im kommenden Jahrzehnt vermehrt neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wie die folgende Gegenüberstellung der Entwicklung des Ersatzbedarfs und der Zahl der Hochschulneabsolventen ergibt:

1) Jerssaring, M., Weißhuhn, G., Der Bestand an Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2000, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1985, S. 84.

2) Dabei wurde berücksichtigt, daß Hochschulabsolventen zu etwa 90 % erwerbstätig werden.

3) Eigene Berechnungen mit folgenden Prämissen: Berücksichtigung der Altersstruktur und Erwerbswahrscheinlichkeiten nach der Mikrozensuserhebung 1980, der Sterbewahrscheinlichkeit in Bayern 1980/82. Zur Ermittlung der künftigen Zahl der Hochschulneabsolventen wurden die Ergebnisse der Studienanfängerprojektionen des Bayerischen Staatsinstituts für Unterricht und Kultus vom August 1984 sowie eine Studienerfolgsquote von 70 % bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und 80 % bei Fachhochschulabsolventen (HK-Studien- und Erfolgsquoten) zugrundegelegt. Für die Zahl der Berufsanfänger wurde angenommen, daß etwa 90 % der Hochschulneabsolventen in das Berufsleben eintreten wollen.

Entwicklung des Angebots¹⁾ und des Ersatzbedarfs an Hochschulneabsolventen 1970 bis 2000 in Bayern
(Hochschulabsolventen in 1 000)

Zeitraum	Hochschulabsolventen		
	wissenschaftl. Hochschulen	Fachhochschulen	Hochschulabsolventen gesamt
Vergangenheitsentwicklung 1970-1982 ²⁾		(1976/82)	
Angebot	121	35	-
Ersatzbedarf	49	12	-
Anteil des Ersatzbedarfs in %	34	40	-
Voraussichtliche künftige Entwicklung 1985-1990			
Angebot	79	43	122
Ersatzbedarf	27	15	42
Überangebot in % des Ersatzbedarfs	193	187	190
Voraussichtliche künftige Entwicklung 1990-1995			
Angebot	88	40	128
Ersatzbedarf	27	14	41
Überangebot in % des Ersatzbedarfs	226	186	212
Voraussichtliche künftige Entwicklung 1995-2000			
Angebot	68	30	98
Ersatzbedarf	31	18	49
Überangebot in % des Ersatzbedarfs	119	67	100

1) Eigene Berechnungen mit folgenden Prämissen: Berücksichtigung der Altersstruktur und Erwerbswahrscheinlichkeiten nach der Mikrozensuserhebung 1980, der Sterbewahrscheinlichkeiten in Bayern 1980/82. Zur Ermittlung der künftigen Zahl der Hochschulneabsolventen wurden die Ergebnisse der Studienanfängerprojektionen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom August 1984 sowie eine Studien Erfolgsquote von 70 % bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und 80 % bei Fachhochschulabsolventen (MKK-Studien- und Erfolgsquoten) zugrundegelegt. Für die Zahl der Berufsanfänger wurde angenommen, daß etwa 90 % der Hochschulneabsolventen in das Berufsleben eintreten wollen.

2) Verifiziert durch Berechnungen in Tabelle 24, S. 118 im Anhang.

Die Beschäftigungsprobleme von Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen werden sich vor allem in den kommenden 10 Jahren stark erhöhen; dies zeigt deutlich der sinkende Anteil des Ersatzbedarfs am gesamten Neugebot der Hochschulabsolventen. Ab 1995 bis gegen Ende dieses Jahrhunderts wird eine relative Verbesserung der Arbeitsmarktsituation eintreten.

Für Absolventen von Fachhochschulen, deren Beschäftigungsmöglichkeiten auch in der Vergangenheit nicht so stark vom öffentlichen Dienst abhingen, sind die Zukunftsaussichten etwas günstiger zu bewerten. Aber auch hier ist bis zum Jahr 1995 eine erhebliche Zahl neuer Arbeitsplätze zu errichten, in den Folgejahren wird allerdings die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt deutlicher als bei Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen eintreten.

Als Hauptergebnis dieser Modellrechnungen ist jedoch festzuhalten, daß die Deckung des Ersatzbedarfs künftig in keinem Fall ausreichen wird, um die Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen zu lösen. Um künftige Beschäftigungsprobleme größerer Art zu vermeiden, müssen in jedem Fall neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen werden. Selbst wenn künftig auch ein größerer Teil der Hochschulabsolventen in der privaten Wirtschaft und in den freien Berufen Beschäftigung finden sollte, kann nicht angenommen werden, daß die Aufnahmekapazität dieser Bereiche ausreichen wird, um eine befriedigende Beschäftigung der steigenden Absolventenzahl zu gewährleisten. In den kommenden 15 Jahren wird die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage an Hochschulabsolventen noch so erheblich steigen, daß das Arbeitsmarktrisiko für Hochschulabsolventen immer größer werden wird.

6. Schlußfolgerungen

- 1) Seit 1960 hat sich das reale Bruttozialprodukt bei einem etwa gleichbleibenden Einsatz von Arbeitskräften mehr als verdoppelt. Aufgrund sichtbarer Sättigungsgrenzen wird künftig das Wirtschaftsvolumen bei hohem Rationalisierungsniveau nur noch geringfügig steigen; damit ist eine Abnahme des gesamten Arbeitsvolumens zu erwarten. Da infolge demographischer Bedingungen in der Bundesrepublik Deutschland bis Ende der 80er Jahre noch mit einer geringen Zunahme des Arbeitskräfteangebots gerechnet werden muß, sind Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt für alle Qualifikationsebenen zu erwarten.

Es kommt hinzu, daß in den letzten 25 Jahren allgemein das Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen gestiegen ist. Überproportional ist dabei die Steigerungsrate der Hochschulabsolventen, deren Zahl in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Dieser "Qualifikationsschub" trifft auf ein Beschäftigungssystem, das die erforderliche Zahl an Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen nicht in ausreichendem Umfang bereitstellen kann. Demgegenüber dürfte in absehbarer Zeit sogar ein gewisser Mangel an Nachwuchskräften der mittleren Qualifikationsebene eintreten.

Als Folge des "Qualifikationsschubes" im tertiären Bereich haben bereits jetzt die Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen zugenommen. Obwohl die Arbeitslosenquote der Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen derzeit noch unter dem Niveau anders Ausgebildeter liegt, ist für die Zukunft zu erwarten, daß bei steigender Zahl der Hochschulabsolventen deren Beschäftigungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt zunehmen werden.

Für die künftige Beschäftigung von Hochschulabsolventen werden sich die auf dem Arbeitsmarkt bestehenden Qualifikationsstrukturen und -anforderungen nicht so grundlegend ändern, daß die noch steigende Zahl von Hochschulabsolventen entsprechend ihrer Ausbildung aufgenommen werden kann. Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen wie auch von Fachhochschulen müssen in Zukunft damit rechnen, daß die bisher mit einem Studium verbundenen Arbeitsmarktchancen und gewohnten Beschäftigungs-, Status- und Einkommenserwartungen nicht mehr erfüllt werden können¹⁾.

Die Abnahme des Gesamtarbeitsvolumens wird zu einer Umstrukturierung und Umverteilung der Arbeit auf mehr Erwerbswillige bei höherem Qualifikationsniveau führen. Dadurch wird langfristig auch eine Verkürzung der Arbeitszeit, gleichgültig ob in Form der verkürzten Lebens-, Jahres-, Monats- oder Wochenarbeitszeit erwogen werden müssen.

Dies gilt insbesondere für die Arbeitsgebiete von Hochschulabsolventen, deren Arbeitsteilbarkeit als Voraussetzung in vielen Fällen (z.B. Lehrer) gegeben ist. Arbeitszeitverkürzungsmodelle müssen nicht unbedingt gleichzeitig bei allen Erwerbstätigen eingeführt werden; sie können auch sukzessive z.B. bei Neueinstellungen mit entsprechender kostenneutraler Gestaltung oder älteren Akademikern durch Herabsetzung der Altersruhegrenze angeboten werden.

Die Ergebnisse von Modellrechnungen haben gezeigt, daß nur deutliche Arbeitszeitverkürzungen die künftig größer werdenden Arbeitsmarktprobleme für Hochschulabsolventen spürbar mindern können (vgl. Tabellen 27 bis 29, Seite 121 - 123).

Aber auch die durch Arbeitszeitverkürzung erzielten Beschäftigungserweiterungseffekte können erheblich vermindert wer-

1) Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bericht der Bundesregierung zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend in Ausbildung und Beruf, Bonn, 1984, S. 12.

den, wenn durch Rationalisierungsmaßnahmen Personaleinsparungen vorgenommen werden. Diese Einsparungen können im Normalfall Größenordnungen bis zur Hälfte des Zusatzbedarfs erreichen. Bei nur geringfügiger Herabsetzung der Arbeitszeit kann der Rationalisierungseffekt den zusätzlichen Arbeitskräftebedarf allerdings zum großen Teil wieder hinfällig machen (vgl. Tab. 28, Seite 122).

- 2) Das Ende der expansiven Phase im Schulbereich bei gleichzeitigen finanzpolitischen Schwierigkeiten bedeutet einen erheblich geringer werdenden Bedarf an Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst.

Wenn bis vor einigen Jahren bis zu zwei Drittel aller Hochschulabsolventen vom öffentlichen Dienst aufgenommen wurden, wird sich dieser Anteil in der Zukunft auf etwa ein Fünftel reduzieren. Dies bewirkt eine gravierende Umstrukturierung und Verlagerung der Nachfrage nach Hochschulabsolventen vom öffentlichen Dienst auf die private Wirtschaft. Künftig wird es in steigendem Umfang notwendig, daß sich Hochschulabsolventen eine Beschäftigung in privaten Wirtschaftsbereichen mit noch niedrigeren Akademisierungsgaden suchen.

Dabei müssen in der Privatwirtschaft vornehmlich neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen geschaffen werden, da der Ersatzbedarf die Beschäftigungsprobleme nur zu einem geringen Teil lösen wird. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, daß bei steigender Ausbildungsintensität die Zahl der hochqualifizierten Arbeitskräfte mit anderer Ausbildungsqualifikation zunehmen wird, so daß für Hochschulabsolventen das Eindringen in "niedrigere" Qualifikationsebenen nicht ohne Schwierigkeiten möglich sein wird.

Abiturienten ist deshalb zu empfehlen, nicht unbedingt ein Studium aufzunehmen, sondern eine Berufsausbildung in den mittleren Qualifikationsebenen anzustreben. An-

gesichts der Auswirkungen des Geburtenrückgangs ist für die Zukunft ein gewisser Nachwuchsmangel für diese Bereiche zu erwarten.

Langfristig wird als Folge des Geburtenrückgangs allerdings auch die Zahl der Studenten und Absolventen rückläufig sein, so daß sich erst nach dem Ende des Jahrhunderts die Arbeitsmarktbilanz für Hochschulabsolventen ausgleichen entwickeln wird.

Die folgenden Überlegungen erhöhen nicht das Gesamtarbeitsvolumen, sie stellen vielmehr nur "Umverteilungsmodelle" vor, mit denen die vorhandene Arbeit kosteneutral auf mehr Personen aufgeteilt werden könnte. Dabei soll nicht verkannt werden, daß solche Modelle zusätzliche Probleme der Arbeitsorganisation und der Verteilung und Finanzierung der Soziallasten aufwerfen.

- 3) Die Teilzeitbeschäftigung (Job-sharing) als Beschäftigungsform hat in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht die Bedeutung erlangt, die ihr zur Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme zukommen könnte. Teilzeitbeschäftigung als Möglichkeit ist aber nur dann von Wirksamkeit, wenn die dadurch freierwerdenden Arbeitsplätze kapazitäten auch wieder durch zusätzliche Arbeitskräfte besetzt werden. Auch wird diese Form der Arbeitsverteilung erst dann wirksam, wenn sie auch von potentiellen Arbeitskräften angenommen wird.

Gerade im öffentlichen Dienst, innerhalb und außerhalb des Bildungswesens, bietet sich die Teilzeitbeschäftigung besonders an, zumal in vielen Fällen die Teilbarkeit des Arbeitsplatzes keine größeren betriebswirtschaftlichen, organisatorischen und technischen Schwierigkeiten bereitet. Allerdings müßte diese Maßnahme kostenneutral erfolgen. Durch Förderung der Inanspruchnahme der Teilzeitarbeit mit Hilfe von verbenden und gesetzge-

berischen Maßnahmen könnte eine Arbeitsplatzreserve erschlossen werden, die die kommenden Arbeitsmarktschwierigkeiten der Hochschulabsolventen spürbar mindern würde.

- 4) Eine weitere Form der kurzfristigen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im Bereich des öffentlichen Dienstes ist die Möglichkeit der vermehrten Einräumung ein- oder mehrjähriger Beurlaubung ohne Dienstbezüge. Die Beurlaubung wurde bisher vor allem von Frauen beansprucht, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen wollten. Eine Ausdehnung der Beurlaubungsmöglichkeiten für andere private oder dienstliche Zwecke würde die Zahl der befristeten Arbeitsplätze sicherlich erhöhen. Das entscheidende Kriterium ist aber auch hier, daß die Möglichkeit der Beurlaubung künftig von beamteten oder angestellten Hochschulabsolventen wahrgenommen wird, damit junge Kollegen - wenigstens zeitweilig - Berufserfahrung gewinnen können.

- 5) Ein weiteres beschäftigungspolitisches Instrument im Bereich des öffentlichen Dienstes ist die Erweiterung der Zahl der Arbeitsplätze mit einem zeitlich befristeten Arbeitsverhältnis. Durch die Ausdehnung der Arbeitsplätze mit einem Zeitvertrag werden zwar keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Es können aber in einem bestimmten Zeitraum mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden. Vor allem Berufsanfänger könnten dadurch Berufserfahrungen gewinnen und ihre Voraussetzungen für eine anderweitige Beschäftigung verbessern. Es sollte aber nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze mit Zeitverträgen im Hochschulbereich, sondern in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung erweitert werden, in denen die Besetzung von Arbeitsplätzen mit befristetem Personal möglich ist.

- 6) Von den Arbeitsämtern könnten vermehrt Umstrukturierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM-Maßnahmen) auch für Hochschulabsolventen durchgeführt werden. Dies wäre insbesondere für Lehramtsabsolventen interessant, die dadurch den Einstieg in einen Beruf außerhalb der Schule finden können.

Von der Arbeitsverwaltung könnte auch die Einführung eines freiwilligen Praktikantenjahres organisiert werden; damit könnten interessierte Hochschulabsolventen nach dem Rotationsprinzip in die berufliche Praxis eingeführt werden.

Mit Hilfe berufsspezifischer Weiterbildungsmaßnahmen könnten die beruflichen Einstiegsmöglichkeiten der Hochschulabsolventen vergrößert werden.

- 7) Durch die Förderung von Modellen, bei denen Hochschulabsolventen als "freie Unternehmer" private Initiativen entwickeln, könnten die beruflichen Tätigkeitsmöglichkeiten von Akademikern erweitert werden. Günstige Darlehen zur Existenzgründung könnten diese Form der Beschäftigung unterstützen.

- 8) Die Beschäftigung von Hochschulabsolventen im Ausland wäre ebenfalls eine Möglichkeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Dabei kommen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Entwicklungshilfe, im Bildungsbereich, aber auch bei Wirtschaftsunternehmen in Betracht.

- 9) Eine weitere Einschränkung der Nebentätigkeitsmöglichkeiten für Beschäftigte im öffentlichen Dienst könnte zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Dies gilt vor allem für Arbeitsgebiete, in denen Hochschulabsolventen unter Nutzung von öffentlichen Einrichtungen und Personal Dienstleistungen zu Bedingungen anbieten können, die bei privatwirtschaftlichen Voraussetzungen nicht vorhanden wären. Weitere Arbeitsplätze könnten auch durch Abbau von Überstunden gewonnen werden.

Voraussetzung ist natürlich, daß die hierdurch gewonnenen finanzpolitischen Einsparungen auch für die Errichtung neuer Arbeitsplätze verwendet werden.

- 10) In der privaten Wirtschaft werden künftig die Arbeitgeber stärker bereit sein müssen, Hochschulabsolventen auch in Aufgabengebieten einzusetzen, die bisher von anders Qualifizierten wahrgenommen wurden. Dabei müssen Arbeitgeber besser über die Verwendungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventen mit bestimmten Fachrichtungen informiert werden. Dies gilt besonders für Absolventen von Fachrichtungen, die bisher weitgehend im öffentlichen Dienst, z.B. im Lehramt beschäftigt wurden. Diese Bereitschaft der Arbeitgeber sollte nicht nur bei der Beschaffung neuer Arbeitsplätze gegeben sein, sondern sich vor allem bei der Besetzung bereits vorhandener Arbeitsplätze auswirken.

- 11) Auch die Hochschulabsolventen selbst müssen sich künftiger in stärkerem Maß bereiterklären, berufliche Möglichkeiten zu ergreifen, die nicht den bisher gewohnten Erwartungen im Hinblick auf Niveau, Einkommen und Status entsprechen. Diese Forderung nach Ausbildungsadäquanz der beruflichen Tätigkeit wird künftig nur noch für eine geringe Anzahl von Hochschulabsolventen erfüllt werden können. Dies wird unvermeidlich auch für solche Hochschulabsolventen zutreffen, die sich durch Zusatzqualifikation weitere Möglichkeiten des beruflichen Einsatzes verschaffen haben. Auch an die Mobilitätsbereitschaft der Hochschulabsolventen werden künftig höhere Anforderungen gestellt werden. Dies gilt nicht nur für die erforderliche Bereitschaft der räumlichen Veränderung, sondern auch für den steilen Willen zur Verbreiterung der beruflichen Grundlagenkenntnisse.

7. Anhang: Tabelle 1 - 29

Tabelle 1

Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland von 1976 bis 1982

Qualifikationsebene	1976 Anzahl in Mio	1976 Anteil in %	1978 Anzahl in Mio	1978 Anteil in %	1980 Anzahl in Mio	1980 Anteil in %	1982 Anzahl in Mio	1982 Anteil in %
ohne beruflichen Ausbildungsabschluß	8.851	34,3	8.454	32,5	8.709	32,4	7.737	28,9
Lehr- oder Anerkennungsbildung	13.410	52,1	13.908	53,5	15.989	59,5	14.960	55,9
Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluß	1.643	6,4	1.675	6,4			1.768	6,6
Fachhochschulabschluß	565	2,2	600	2,3	760	2,8	778	2,7
Wiss. Hochschulabschluß	1.283	5,0	1.384	5,3	1.416	5,3	1.591	5,9
davon Lehrer	679	2,4	649	2,5	685	2,5	690	2,6
Gesamt	25.752	100,0	26.021	100,0	26.874	100,0	26.774	100,0

Quelle: Stat. Bundesamt, Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 9/78, S. 567 f.; 12/79, S. 875 f.; 4/83, S. 299 f.; 2/84, S. 108 f.

Tabelle 2
Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen
in Bayern von 1976 bis 1982

Qualifikationsebene	1976	1978	1980	1982
	Anzahl in 1000	Anzahl in 1000	Anzahl in 1000	Anzahl in 1000
	Anteil in %	Anteil in %	Anteil in %	Anteil in %
ohne beruflichen Ausbildungsabschluß	1.877	1.839	1.799	1.758
Lehr- oder Anlernausbildung	2.351	2.473	2.690	2.871
Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluß	284	285	300	316
Fachhochschulabschluß	100	105	121	123
Wiss. Hochschulabschluß	218	237	250	265
davon Lehrer	98	102	106	110
ohne Angaben	81	14	14	15
Erwerbstätige gesamt	4.911	4.953	5.174	5.148
	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Mikrozensusaufnahme 1976, 1980 und unveröffentlichte Ergebnisse.
Eigene Berechnungen.

Tabelle 3
Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulabschließung¹⁾ nach Fächergruppen
1961, 1970 und 1980

	1961	1970	1980	in %
	(V82)	(V82)	(V82)	
	4)	5)	5)	
1) Agrar-, Forst-, Ernährungswissenschaften	19,5	22,0	22,0	2,1
2) Ingenieure, Architekten	100,2	113,3	117,7	10,6
3) Naturwissenschaften	52,2 ²⁾	91,2	115,1	6,8
4) Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	57,7	103,3	143,5	7,5
5) Rechtswissenschaften	82,8	93,6	98,2	10,7
6) Medizin, Pharmazie	140,4	183,9	191,5	18,2
7) Sozialpädagogik	-	1,6	8,8	-
8) Theologie, Psychologie	42,0	50,3	51,1	5,4
9) Dolmetscher, Übersetzer, Bibliothekare	4,8	10,0	12,0	0,6
10) Kunst, Kunstwissenschaften	26,9	36,0	31,2	3,5
11) Geisteswissenschaften ³⁾ , Lehramt	245,5	363,7	545,2	31,8
12) Sonstige, ohne Angabe	0,5	1,2	55,6	0,1
insgesamt	772,5	1.070,1	1.391,9	100,0

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
1) Ohne Erwerbstätige mit abgeschlossener Hochschulabschließung.
2) Vergleich mit 1970/80 nicht möglich.
3) Erwerbstätige mit Erziehungswissenschaften.
4) Erwerbspersonen.
5) Nur Deutsche.

Ausgewählte Berufsgruppen	Bundesrepublik Deutschland										Bayern									
	1976					1982					1976					1982				
	davon mit:					davon mit:					davon mit:					davon mit:				
	tätige	Fachhochschulabschl.	schulabschl.	in %	in 1000	tätige	Fachhochschulabschl.	schulabschl.	in %	in 1000	tätige	Fachhochschulabschl.	schulabschl.	in %	in 1000	tätige	Fachhochschulabschl.	schulabschl.	in %	in 1000
Ingenieure, Naturwissen-	1 163	21,8	9,0	2,4	1 328	22,8	10,5	3,0	10,5	235,2	19,9	9,9	2,1	270,1	18,7	12,6	2,7	12,6	2,7	12,6
Kaufmännische Berufe	7 302	2,5	2,4	2,4	8 129	2,8	3,0	2,8	3,0	1 279,1	2,6	2,1	1 444,9	3,2	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
davon: Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer, Führungs-	978	9,3	10,3		1 060	11,6	11,4		11,4											
Bürofach- und Hilfskräfte	3 380	1,5	1,1	1,1	3 726	1,8	1,6	1,6	1,6											
Kaufleute, Verkäufer	1 964	1,1	0,8	0,8	2 077	1,8	1,0	1,0	1,0											
Rechtswahrer, Ordnungs-	1 048	1,3	6,7	1,3	1 102	1,4	7,6	1,4	7,6	196,7	2,2	7,8	195,8	2,0	8,0	2,0	8,0	2,0	8,0	2,0
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	205	10,1	14,6	14,6	234	14,1	16,2	14,1	16,2	40,1	9,7	18,0	44,1	11,6	13,6	11,6	13,6	11,6	13,6	11,6
Gesundheitsberufe	871	1,3	23,4	1,3	1 089	0,8	21,1	0,8	21,1	133,5	1,3	24,3	170,0	1,5	25,0	1,5	25,0	1,5	25,0	1,5
Sozial- und Erziehungsberufe	974	3,7	68,8	3,7	1 137	6,8	65,3	6,8	65,3	159,3	3,4	68,5	188,1	5,5	64,8	5,5	64,8	5,5	64,8	5,5
Insgesamt	25 752	2,2	5,0	2,2	26 774	2,7	5,9	2,7	5,9	4 910,8	2,0	4,5	5 148,4	2,4	5,1	2,4	5,1	2,4	5,1	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 10/79, S. 619 u. 658 f. und 2/84, S. 49 f., Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen 1976 und 1982 (unveröffentlicht), eigene Berechnungen

Tabelle 4

Erwerbstätige Hochschulabsolventen in Bayern 1976 bis 1982 nach Berufsgruppen (Anzahl in Tausend)

Tabelle 5

Berufsgruppen	1976					1978					1980					1982				
	Hochschulabsolventen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	Hochschulabsolventen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	Hochschulabsolventen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	Hochschulabsolventen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen	von wiss. Fachhochschulen
Ingenieure, Naturwissen-	70,0	23,3	46,7	66,7	22,3	44,4	90,3	30,6	59,7	84,7	34,1	50,6	46,5	39,3	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
schaffler, Techniker																				
kaufmännische und Ver-	60,4	26,9	33,5	70,5	34,9	35,6	66,3	34,0	32,3	85,8	39,3	46,5	46,5	39,3	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
waltungsbetriebe																				
Nachwahrer, Ordnungs-	21,3	16,4	4,9	22,3	18,0	4,3	18,7	15,6	3,1	22,2	17,3	4,9	4,9	17,3	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Sicherheits- u. allgemeine																				
Dienstleistungsbetriebe																				
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	11,1	7,2	3,9	14,3	9,9	4,4	13,7	7,8	5,9	11,1	6,0	5,1	5,1	6,0	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Gesundheitsberufe	34,2	32,5	1,7	39,3	37,1	2,2	41,7	39,3	2,4	45,0	42,5	2,5	2,5	42,5	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Sozial- und Erziehungsberufe	114,5	109,1	5,4	122,0	112,6	9,4	129,4	118,3	11,1	132,2	121,9	10,3	10,3	121,9	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Sonstige Berufe	6,5	2,8	3,7	6,7	2,1	4,6	10,9	4,6	6,3	7,0	4,0	3,0	3,0	4,0	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Insgesamt	318,0	218,2	99,8	341,8	236,9	104,9	371,0	250,2	120,8	388,0	265,1	122,9	122,9	265,1	17,3	4,9	5,1	2,5	10,3	3,0
Erwerbstätige insgesamt	4910,8			4953,0		5173,8				5148,4										
Akademienintenzungsgrad	6,5			6,9		7,2				7,5										

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensuserhebungen 1976 bis 1982

Tabelle 5

Tabelle 6

Altersstruktur und Erwerbsquoten der Akademiker in Bayern 1980

Alters- klassen	Fachhochschulabsolven- ten in 1000			Absolventen wissenschaftl. Hochschulen in 1000			Akademiker gesamt in 1000		
	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- quote in %	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- quote in %	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- tätige in %
unter 25	6,1	6,8	89,7	7,1	8,7	81,6	13,2	15,5	85,2
25 - 30	18,0	19,7	91,4	41,4	46,2	89,6	59,4	65,9	90,1
30 - 35	16,9	18,9	89,4	47,3	52,3	90,4	64,2	71,2	90,2
35 - 40	21,7	24,1	90,0	45,2	49,1	92,1	66,9	73,2	91,4
40 - 45	19,7	20,5	96,1	31,8	34,5	92,2	51,8	55,0	94,2
45 - 50	9,9	11,4	86,8	16,9	18,4	91,8	26,8	29,8	89,9
50 - 55	14,0	15,5	90,3	22,4	25,7	87,2	36,4	41,2	88,3
55 - 60	9,3	10,6	87,7	19,5	22,3	87,4	28,8	32,9	87,5
60 - 65	3,1	6,5	47,7	8,1	14,1	57,4	11,2	20,6	54,4
65 - 70	1,1	8,9	12,4	6,0	17,8	33,7	7,1	26,7	26,6
70 - 75	0,8	6,9	11,6	2,5	13,5	18,5	3,3	26,4	16,2
75 u. mehr	0,2	6,4	3,1	2,0	15,5	12,9	2,2	21,9	10,0
Gesamt	120,8	156,2	77,3	250,2	318,1	78,7	371,0	474,3	78,2

Tabelle 7

Altersstruktur und Erwerbsquoten der Akademiker in Bayern 1982

Alters- klassen	Fachhochschulabsolven- ten in 1000			Absolventen wissenschaftl. Hochschulen in 1000			Akademiker gesamt in 1000		
	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- quote in %	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- quote in %	Erwerbs- tätige	Wohnbe- völkerung	Erwerbs- tätige in %
unter 25	4,5	5,3	84,9	4,0	5,0	80,0	8,5	10,3	82,5
25 - 30	20,1	22,5	89,3	39,9	44,0	90,7	60,0	66,5	90,2
30 - 35	17,2	19,7	87,3	48,6	53,2	91,4	65,8	72,9	90,3
35 - 40	17,0	19,5	87,2	47,5	51,8	91,7	64,5	71,3	90,5
40 - 45	24,1	27,4	88,0	40,9	44,5	91,9	65,0	71,9	90,4
45 - 50	12,6	13,8	91,3	25,3	27,1	93,4	37,9	40,9	92,7
50 - 55	12,4	13,3	93,2	19,1	20,9	91,4	31,5	34,2	92,1
55 - 60	9,6	11,7	82,1	20,8	24,0	86,7	30,4	35,7	85,2
60 - 65	4,2	9,9	42,4	11,3	17,6	64,2	15,5	27,5	56,4
65 - 70	0,3	7,8	3,8	3,6	12,5	28,8	3,9	20,3	19,2
70 - 75	0,5	6,3	7,9	2,6	15,4	16,9	3,1	21,3	14,3
75 u. mehr	0,4	8,2	4,9	1,5	14,1	10,6	1,9	22,3	8,5
Gesamt	122,9	165,4	74,3	265,1	330,1	80,3	388,0	495,5	78,3

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Ergebnisse der Mikrozensusbefragung 1982, eigene Berechnungen

Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern 1976 und 1984

Tabelle 8

Ausbildungsstufe	Bundesrepublik Deutschland									
	1976					1984				
	Erwerbs-tätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Erwerbs-tätige in %	Arbeitslose in %	Arbeitslosenquote in %	Erwerbs-tätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Erwerbs-tätige in %	Arbeitslose in %	Arbeitslosenquote in %
ohne beruflichen Ausbildungsabschluß	8 051	470,2	5,3	7 737	1058,1	13,7	1 877	81,9	4,4	1 758
Lehr- und Lehrlingsausbildung	13 410	341,6	2,5	14 960	861,5	5,8	2 351	58,1	2,5	2 671
Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluß	1 643	49,7	3,0	1 768	108,8	6,2	284	10,1	3,6	316
Fachschulabschluß	565	16,5	2,9	718	35,5	4,9	100	2,3	2,3	123
Wissenschaftlicher Hochschulabschluß	1 283	20,3	1,6	1 591	79,1	5,0	278	3,8	1,7	265
davon: Lehrer	619	3,9	0,6	690	28,2	4,1	98	0,5	0,5	110
ohne Angaben	25 752	898,3	3,5	26 774	2 143,0	8,0	4 911	156,2	3,2	5 148
Insgesamt										

1) Zahl der Erwerbstätigen nach Mikrozensusaufnahme von 1982
2) Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbstätigen mit entsprechendem Ausbildungsabschluß in %
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Wirtschaft und Statistik 10/78, S. 619 u. 658 f. und 2/84, S. 108 f., Bundesamt für Arbeit, Nürnberg, Wirtschaft und Statistik, München, Mikrozensusaufnahme von 1976 und 1982.
Bayrisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Mikrozensusaufnahme von 1976 und 1982.

Tabelle 8

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland nach Fachgruppen

Tabelle 9

Fachgruppen (Kennziffern)	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
1) Agrarwissenschaften (011,032,052,061)	262	344	353	300	350	501	777	1 128	1 354	1 542
2) Ingenieurwissenschaften/Technik (60)	2 960	3 613	3 810	2 716	2 541	2 679	4 045	5 948	7 208	7 770
3) Naturwissenschaften (611,612,683)	1 412	2 075	2 248	2 050	2 189	2 306	3 098	4 524	5 874	6 134
4) Rechtswissenschaften (81)	1 349	1 577	1 568	1 180	1 051	1 134	1 573	2 170	2 838	3 348
5) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (881,861,862)	3 677	4 755	4 694	5 178	5 948	7 859	9 706	11 742	14 388	17 278
6) Medizin/Pharmazie (841,842,843,844)	907	1 315	1 766	1 709	1 893	2 121	2 761	3 574	4 388	5 314
7) Lehramt (871,872,873,874,875,876)	2 623	3 856	5 577	6 455	6 777	8 550	13 473	18 076	24 858	28 220
8) Geisteswissenschaften/Theologie (882,891,821,822,823)	1 184	1 454	1 610	1 797	1 982	2 688	3 897	5 516	7 048	8 514
9) Kunstwissenschaften (831,832,833)	373	465	544	571	848	885	1 236	1 296	1 596	1 728
10) übrige Fachrichtungen	744	882	1 096	948	1 234	1 451	2 148	2 556	3 406	4 228
Alle Arbeitslosen	15 491	20 336	23 777	22 420	24 051	28 263	40 867	54 494	70 312	79 076

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten, jeweiliger Jahrgang
1) Vorläufige Schätzungen der Kultusministerkonferenz, Sonderheft, Statistik und Vorausberechnungen Nr. 27, Arbeitslose Lehrer 1973 bis 1983
(ohne Hochschullehrer und Dozenten, jedoch incl. Lehrer mit anderer Ausbildung, wie z.B. Fachlehrer).

Tabelle 9

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Fachhochschulbildung in der Bundesrepublik Deutschland nach Fachgruppen

Tabelle 10

Fachgruppen (Kennziffern)	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
1) Agrarwissenschaften (011,032,052,061)	221	235	218	176	246	289	476	608	706	702
2) Ingenieurwissenschaften/Technik (60,62,721,722)	8 316	8 829	7 955	5 361	4 500	4 810	7 083	11 082	14 536	14 568
3) Naturwissenschaften (611,612,883)	354	438	416	320	263	254	327	456	642	588
4) Rechtswissenschaften (81)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (881,774,781,861,862,703)	2 913	3 801	4 006	3 552	4 020	4 251	5 977	8 578	10 190	10 914
6) Medizin/Pharmazie (841,842,843,844)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7) Lehramt (87,874)	96	140	136	102	588	665	849	1 348	1 440	1 326
8) Geisteswissenschaften (891,821,822,823)	144	184	201	202	201	235	305	442	572	576
9) Kunstwissenschaften (831,832,833,836)	1 505	1 297	1 288	1 341	1 316	1 606	1 914	2 348	2 714	2 790
10) übrige Fachrichtungen (831,832,833,836)	1 368	1 581	1 764	1 445	1 326	1 517	2 068	3 246	4 250	4 070
Alle Arbeitslosen	14 917	16 505	15 984	12 499	12 460	13 627	18 999	28 108	35 050	35 534

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Amtliche Nachrichten, jeweiliger Jahrgang

Tabelle 10

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule in Bayern nach Fachgruppen

Tabelle 11

September des jeweiligen Jahres

Fachgruppen (Kennziffern)	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
1) Agrarwissenschaften (011,032,052,061)	59	57	58	70	114	118	184	202	1 300	924
2) Ingenieurwissenschaften/Technik (60,)	635	658	412	369	362	513	724	896	422	478
3) Naturwissenschaften (611,612,883)	290	308	212	186	199	236	314	422	874	1 054
4) Rechtswissenschaften (81)	251	658	785	687	739	865	1 094	1 408	1 666	1 816
5) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (881,861,862)	199	408	423	398	463	552	710	3 092	3 318	1 250
6) Medizin/Pharmazie (841,842,843,844)	523	850	973	1 033	1 100	1 301	1 670	758	1 078	242
7) Lehramt (871,972,873,874,875,876)	243	305	347	398	420	585	758	234	328	566
8) Geisteswissenschaften/Theologie (882,891,821,822,823)	110	112	160	195	192	227	234	622	10 224	11 244
9) Kunstwissenschaften (831,832,833)	196	248	179	298	305	536	622	566	660	660
10) übrige Fachrichtungen	3 105	3 775	4 132	3 819	4 069	4 339	5 788	7 470	10 224	11 244
Alle Arbeitslosen	3 775	4 132	3 819	4 069	4 339	5 788	7 470	10 224	11 244	11 244

Quelle: Landesanstalt für Arbeit, Statistik, Statistik über arbeitslose Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen in Bayern, jeweiliger Jahrgang

Tabelle 11

Tabelle 13

Erwerbstätige Lehrer¹⁾ und Lehrerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern nach Schularten

1982/83

Lehrer an	Bundesrepublik Deutschland		Bayern		Arbeitslos- quote 2) in %
	Erwerbstätige Lehrer in 1000	Arbeitslos- Lehrer in 1000	Erwerbstätige Lehrer in 1000	Arbeitslos- Lehrer in 1000	
Grund- und Hauptschulen	226,0	8,01	45,4	1,14	2,5
Sonder- schulen	40,9	0,50	6,2	0,02	0,3
Real- schulen	62,2	3,87	10,0	0,35	3,5
Gymnasien	125,4	8,17	20,2	0,91	4,5
Beruflichen Schulen	86,0	1,12	14,6	0,13	0,9
Hochschulen	129,8	0,32	13,0	0,04	0,3
Gesamt	690,1	24,86	110,1	3,09	2,8

1) Vollzeitlehrer

2) Anteil der arbeitslosen Lehrer an allen erwerbstätigen Lehrern in %

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, S. 70
 Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Bildung und Wissenschaft in Zahlen 1982, S. 68 ff.
 Landesarbeitsamt Südbayern, Statistik über arbeitslose Hochschulabsolventen in Bayern 1983
 Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Amtliche Nachrichten, jeweiliger Jahrgang

Tabelle 12

Fächergruppen (Kernziffern)	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
1) Agrarwissenschaften (011,032,052,061)	-	34	34	40	43	41	71	100	116	120
2) Ingenieurwissenschaften/Technik (60,62,721,722)	1 347	1260	1 084	754	538	643	1 042	1 668	2 078	1 938
3) Naturwissenschaften (611,612,883)	37	54	54	46	36	34	55	80	100	76
4) Rechtswissenschaften (81)	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (881,774,781,861,862,703)	203	255	483	541	744	827	1 130	1 312	1 490	1 592
6) Medizin / Pharmazie (841,842,843,844)	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7) Lehramt (87,874)	86	574	24	14	120	109	141	174	20	44
8) Geisteswissenschaften (891,821,822,823)	27	41	23	26	30	25	36	48	58	54
9) Kunstwissenschaften (831,832,833,836)	110	176	175	174	196	256	296	262	312	414
10) übrige Fachrichtungen	484	51	303	271	307	286	451	604	694	772
Alle Arbeitslosen	2 305	2 331	2 180	1 866	2 014	2 221	3 222	4 248	4 868	5 010

Quelle: Landesarbeitsamt Südbayern, Statistik über arbeitslose Fachhochschulabsolventen in Bayern, jeweiliger Jahrgang

Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen mit abgeschlossener Fachhochschulausbildung in Bayern nach Fächergruppen
 September des jeweiligen Jahrgangs

Tabelle 12

Tab. 14

Erwerbstätige Lehrer 1) und Lehrerarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern nach Schularten

1983/84

Lehrer an	Bundesrepublik Deutschland			Bayern		
	Erwerbstätige Lehrer in 1 000	Arbeitslose Lehrer in %	Arbeitslose/Erwerbstätige Lehrer in 1 000	Erwerbstätige Lehrer in 1 000	Arbeitslose/Lehrer in %	Arbeitslose/Lehrer in %
Grund- und Hauptschulen	220,3	8,1	3,7	44,2	0,98	2,2
Sonderschulen	40,3	0,6	1,5	6,2	0,02	0,3
Realschulen	61,3	4,4	7,2	10,0	0,37	3,7
Gymnasien	124,7	10,0	8,0	20,1	1,15	5,7
Berufliche Schulen	87,3	1,3	1,5	14,9	0,21	1,4
Hochschulen	130,7	0,3	0,2	13,1	0,06	0,5
Gesamt	685,6	28,2	4,1	108,9	3,32	3,9

1) Vollzeitlehrer 1983

2) Anteil der arbeitslosen Lehrer an allen erwerbstätigen Lehrern in %

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Grund- und Strukturdaten 1983/84, S. 70
 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Bildung und Wissenschaft in Zahlen 1983, S. 68 ff.
 Landesarbeitsamt Südbayern, Statistik über arbeitslose Hochschulabsolventen in Bayern 1983
 Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, Amtliche Nachrichten, jeweiliger Jahrgang

Tab. 15

Die Beschäftigung von wissenschaftlichen Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern von 1978 bis 1982

Beschäftigungssektoren	Bundesrepublik Deutschland		Bayern		Anteil Bayern in %
	in 1000	Anteil in %	in 1000	Anteil in %	
<u>1978</u>					
Gesamtbeschäftigung	25 900,0	100,0	4 950,0	100,0	19,1
Beschäftigung von Absolventen wissenschaftl. Hochschulen	1 383,7	5,3	236,9	4,8	17,1
davon Privatwirtschaft	425,3	1,6	90,7	1,8	21,3
öffentlicher Dienst	958,4	3,7	146,2	3,0	15,3
<u>1980</u>					
Gesamtbeschäftigung	26 874,8		5 173,8	100,0	19,3
Beschäftigung von Absolventen wissenschaftl. Hochschulen	1 485,6	5,5	250,2	4,8	16,8
davon Privatwirtschaft	470,9	1,8	98,2	1,8	20,8
öffentlicher Dienst	1 014,7	3,8	152,0	2,9	15,0
<u>1982</u>					
Gesamtbeschäftigung	26 774,4	100,0	5 148,4	100,0	19,2
Beschäftigung von Absolventen wissenschaftl. Hochschulen	1 590,8	5,9	265,1	5,1	16,7
davon Privatwirtschaft	511,9	1,9	108,3	2,1	21,2
öffentlicher Dienst	1 078,9	4,0	156,8	3,0	14,5-

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Mikrozensuserhebungen 1978 bis 1982, Statistisches Landesamt, München, Mikrozensuserhebungen 1978 bis 1982.

Tabelle 16

Jahr	Anzahl				
	Hochschulfachliche	Kunst-Hochschulen	Fach-Hochschulen	Schulbereich	Vorschulbereich
1960	2 890	109	--	46 826	100
1970	7 543	156	1 113	69 381	192
1975	10 835	190	1 533	81 964	227
1976	11 020	191	1 453	84 663	243
1977	10 726	192	1 399	86 388	233
1978	10 864	192	1 395	89 338	208
1979	11 011	197	1 366	91 307	246
1980	11 187	197	1 366	92 968	224
1981	11 405	212	1 364	94 136	214
1982	11 537	219	1 364	96 734	206
1983	11 413	218	1 378	97 044	230
1984	11 470	217	1 388	95 840	267

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, "Bildung und Wissenschaft in Zahlen", jeweiliger Jahrgang.

Tabelle 17

Entwicklung der Beschäftigungsstrukturen
im Öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland
1977 bis 1983

	1977		1980		1982/83	
	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %
Öffentlicher Dienst	25 900,0		26 100,0		26 770,0	
Gesamtbeschäftigung						
unmittelbarer öffentlicher Dienst gesamt ¹⁾	3 477,3	13,4 ²⁾	3 613,9	13,8 ²⁾	3 640,8	13,6 ²⁾
Vollbeschäftigte	400,0	11,5 ³⁾	427,9	11,9 ³⁾		
davon höherer Dienst						
gehobener Dienst	749,9	21,6 ³⁾	780,6	21,6 ³⁾		
ohne Bildungswesen	132,9	3,8 ³⁾	153,3	4,2 ³⁾		
höherer Dienst	419,7	12,1 ³⁾	465,3	12,9 ³⁾		
gehobener Dienst						
Teilzeitbeschäftigung	352,9	10,1 ³⁾	428,6	11,9 ³⁾		
Öffentlicher Dienst gesamt						
davon höherer Dienst	14,9	3,7 ⁴⁾	23,6	5,5 ⁴⁾		
gehobener Dienst	41,1	5,5 ⁵⁾	73,6	9,4 ⁵⁾		
ohne Bildungswesen	2,0	1,5 ⁴⁾				
höherer Dienst						
gehobener Dienst	5,1	1,2 ⁵⁾				

- 1) Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst
- 2) Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %
- 3) Anteil an der Beschäftigung im öffentlichen Dienst in %
- 4) Anteil an der Beschäftigung im höheren Dienst in %
- 5) Anteil an der Beschäftigung im gehobenen Dienst in %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Finanzen und Steuern, Personal des öffentlichen Dienstes 1977 und 1980
Wirtschaft und Statistik 6/83, S. 377 ff.

Tab. 18

Entwicklung der Beschäftigungsstrukturen
im öffentlichen Dienst in Bayern
1977 bis 1983¹⁾

	1968		1977		1982/83	
	Anzahl in 1 000	Anteil in %	Anzahl in 1 000	Anteil in %	Anzahl in 1 000	Anteil in %
Öffentlicher Dienst						
Gesamtbeschäftigung in Bayern	4 800,0		4 950,0		5 174,0	
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	512,3	10,7 ²⁾	611,0	12,3 ²⁾	643,4	12,4 ²⁾
Vollbeschäftigte						
davon: höherer Dienst	39,1	7,6 ³⁾	64,3	10,5 ³⁾	70,0 ¹⁾	10,8 ³⁾
gehobener Dienst	89,2	17,4 ³⁾	126,4	20,7 ³⁾	135,0	20,9 ³⁾
ohne Bildungsverwaltung						
höherer Dienst	19,0	3,7 ³⁾	22,7	3,7 ³⁾	24,0 ¹⁾	3,7 ³⁾
gehobener Dienst	56,4	10,7 ³⁾	64,2	10,5 ³⁾	68,0	10,6 ³⁾
Teilzeitbeschäftigung (T 1)						
insgesamt			46,7	7,6 ³⁾	73,0	11,4 ³⁾
höherer Dienst			2,1	3,3 ⁴⁾	3,6	5,1 ⁴⁾
gehobener Dienst			5,0	4,0 ⁵⁾	12,1	9,0 ⁵⁾
Teilzeitbeschäftigung ohne Bildungsverwaltung (T ₁)						
höherer Dienst			0,3	1,3 ⁴⁾	0,3	1,3 ⁴⁾
gehobener Dienst			0,5	0,8 ⁵⁾	0,7	1,0 ⁵⁾

- 1) Eigene Berechnungen
2) Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %
3) Anteil an der Beschäftigung im öffentlichen Dienst in %
4) Anteil an der Beschäftigung im höheren Dienst in %
5) Anteil an der Beschäftigung im gehobenen Dienst in %

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München, Personalstruktur
des öffentlichen Dienstes in Bayern 1968 und 1977,
Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern 1982/83.

Tab. 19

Beschäftigung von Hochschulabsolventen
bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn
1982/83

	Bundespost		Bundesbahn	
	Bundesrep. Anzahl	Anteil Bayerns in %	Bundesrep. Anzahl	Anteil Bayerns in %
Gesamtbeschäftigung	4 37 500	16,2	374 500	21,8
davon: - höherer Dienst	2 721	12,9	2 136	20,1
technischer Dienst	1 401		1 309	
nichttechnischer Dienst	1 320		827	
- gehobener Dienst	35 952	14,8	23 829	20,8
technischer Dienst	16 775		10 899	
nichttechnischer Dienst	19 177		12 930	

Quelle: Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt
Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn

Tabelle 20

Berufsgruppen des "Höheren Dienstes" bei Staat, Gemeinden/Gv. und Sozialversicherungsträgern in Bayern 1968

Art der abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung	Vollbeschäftigte im Höheren Dienst				
	Anzahl Staat und Gemeinden	davon Bildungswesen Anzahl	ohne Bildungswesen Anzahl	Anzahl Bildungswesen und Anteil in %	Anzahl Anzahl in %
Juristen mit 2. Staatsprüfung	4 408	186	4 222		
Diplom-Vollkammer	305	180	125		
Diplom-Kaufleute-Betriebswirte	337	265	72	4 419	28,3
Ärzte	4 169	1 249	2 920		
Tierärzte	458	144	314		
Zahnärzte	159	131	28		
Apotheker	193	140	53	3 315	21,2
Bauwesen	1 650	287	1 363		
Vermessungswesen	549	57	492		
Elektrotechnik	334	252	82		
Sonstige Fachrichtung	614	489	125	2 062	13,2
Diplom-Landwirte	800	186	614		
Diplom-Forstwirte	520	19	501	1 115	7,1
Diplom-Mathematiker	276	262	14		
Diplom-Physiker	432	413	19		
Diplom-Chemiker	477	389	88	121	0,8
Sonstige Hochschulbildung	11 700	11 083	617	617	3,9
Übrige Höhere Bildung	3 656	2 209	1 447	1 447	9,3
Personal in Ausbildung	3 888	1 359	2 529	2 529	16,2
Zusammen	34 925	19 300	15 625	15 625	100,0

Tabelle 21

Altersstruktur der beschäftigten Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst in Bayern (Höherer Dienst ohne Bildungsbereich)¹⁾

Altersklassen in Jahren	1968		1977		1982/83	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
unter 30	1 963	12,5	6 859	36,4	1 681	8,4
30 - 35	3 045	13,5			3 702	18,5
35 - 40	1 886	12,7	5 315	28,2	3 781	18,8
40 - 45	2 042	13,1			3 799	18,9
45 - 50	2 031	13,0	3 747	19,9	2 502	12,5
50 - 55	1 261	8,1			1 691	8,4
55 - 60	1 793	11,5	1 810	9,6	1 669	8,3
60 - 65	1 404	9,0	1 030	5,5	1 189	5,9
über 65	99	0,6	64	0,3	61	0,3
Gesamt	15 625	100,0	18 825		20 075	100,0

1) ohne Bundesberufsstelle

Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes in Bayern 1968 und 1977

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Personalstatistik 1982/83

Tabelle 22

Berufsgruppen des "Höheren Dienstes" bei Staat, Gemeinden/Gv. und Sozialversicherungsträgern in Bayern 1968

Art der abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung	unter 30 Jahre	Vollbeschäftigte in "Höheren Dienst" (Anzahl)										über 65 Jahre	Gesamt
		30-35 Jahre	35-40 Jahre	40-45 Jahre	45-50 Jahre	50-55 Jahre	55-60 Jahre	60-65 Jahre	65-70 Jahre	70-75 Jahre	75-80 Jahre		
Juristen mit 2. Staatsprüfung	233	888	533	468	520	352	618	565	25			25	4 222
Diplomvolkswirte	19	23	21	15	11	8	15	12	1			1	125
Diplom-Kaufleute-Betriebswirte	12	9	13	10	9	5	6	7	1			1	72
Ärzte	357	833	388	357	443	214	207	110	11			11	2 920
Tierärzte	35	36	31	59	44	30	53	23	3			3	314
Zahnärzte	12	5	4	1	2	1	1	1	1			1	28
Apotheker	8	23	4	3	4	4	3	3	1			1	53
Bauwesen	82	227	221	186	197	108	187	137	8			8	1 363
Vermessungswesen	21	49	86	76	76	47	80	57	-			-	492
Elektrotechnik	10	20	14	10	7	6	5	9	1			1	82
Sonstige Fachrichtung	17	37	23	12	9	7	10	10	-			-	125
Diplom-Landwirte	41	70	117	134	89	41	67	52	3			3	614
Diplom-Forstwirte	31	63	60	86	101	61	49	48	2			2	501
Diplom-Mathematiker	5	3	2	2	1	0	0	1				1	14
Diplom-Physiker	4	6	4	2	1	0	1	1				1	19
Diplom-Chemiker	21	24	15	11	6	3	4	4				4	88
Sonstige abgeschlossene wissenschaftl. Hochschulbildung (ohne pädagogische Ausbildung)	1 009	641	326	352	261	150	230	165	12			12	3 746
Überiger Höherer Dienst	46	88	124	228	250	224	257	200	30			30	1 447
Zusammen	1 963	3 045	1 986	2 042	2 031	1 261	1 793	1 404	99			99	15 625

Tabelle 23

Personalwechsel bei Hochschulabsolventen in Bayern 1968/69 und 1978/79
Personalabgang in Prozent aller Bediensteten

	1968/69			1978/79		
	Höherer Dienst Beamte	Höherer Dienst Angest.	Gehobener Dienst Beamte	Höherer Dienst Beamte	Höherer Dienst Angest.	Gehobener Dienst Beamte
Vor Erreichen der Altersgrenze						
durch Tod	0,3	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Dienst-Berufs-Ewerbsunfähigkeit	0,4	0,1	0,7	0,3	0,2	0,5
Nach Zeitablauf Wechsel von Voll- in Teilzeit	1,5	13,5	0,1	5,0	-	-
Beendigung des Dienstverhältnisses durch Wechsel	0,2	0,1	0,7	0,3	0,4	0,8
Nach Erreichen der Altersgrenze	17,6	3,0	5,8	7,5	18,8	6,3
Erreichen der Altersgrenze	0,8	1,0	0,7	2,2	0,5	0,2
Besondere Altersgrenze	0,4	-	0,3	0,3	0,4	0,6
Sonstige	1,0	10,1 ¹⁾	0,7	6,1	2,0	2,0
Gesamt	22,2	28,2	9,2	17,1	21,0	10,6

1) Übernahme häuslicher Pflichten durch Frauen

Quelle: Bayerisches Landesamt, Personalstruktur des öffentlichen Dienstes in Bayern in Zahlen 1975, S. 667. Beiträge zur Statistik Bayerns, S. 37.

Tabelle 24

Fortschreibung des Bestands an erwerbstätigen Absolventen
wissenschaftlicher Hochschulen 1970 - 1982

	Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen in 1000
Bestand an erwerbstätigen Hochschulabsolventen 1970	200
Zugang an Neubolventen 1970 - 1982	134
davon 90 % Erwerbstätige	121
Gesamtangebot ohne Abgang	321
Tatsächlicher Bestand 1982	265
Arbeitslose Hochschulabsol- venten	7
Abgang 1970 - 1982	49
durchschnittlicher Ersatz- bedarf pro Jahr 1970-1982	4
durchschnittlicher Zusatz- bedarf 1970 - 1982	5

Tabelle 25

Ersatzbedarf an Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern

1980 bis 2000

(Anzahl in 1000)	Zeitraum				
	1980 - 85	1985 - 90	1990 - 95	1995 - 2000	
Ersatzbedarf von 1. Absolventen wiss. Hochschulen					
a) nach Erwerbsquote von 1980 (Statusquo)	Gesamt 23,3 pro Jahr 4,7	27,0 5,4	27,2 5,4	31,1 6,2	
b) Ruhestand ab 65 Jahren	Gesamt 32,3 pro Jahr 6,5	33,6 6,7	34,3 6,9	36,1 7,2	
c) Ruhestand ab 60 Jahren	Gesamt 45,3 pro Jahr 9,1	47,8 9,6	44,1 8,8	54,1 10,8	
d) bei 35 Std. Woche und Ruhestand ab 60 Jahren	Gesamt 51,8 pro Jahr 10,4	54,6 10,9	50,4 10,1	61,9 12,4	
Ersatzbedarf von 2. Absolventen Fachhochschulen					
a) nach Erwerbsquote von 1980 (Statusquo)	Gesamt 12,2 pro Jahr 2,4	15,2 3,0	14,4 2,9	17,7 3,5	
b) Ruhestand ab 65 Jahren	Gesamt 14,0 pro Jahr 2,8	16,3 3,3	16,0 3,2	18,8 3,8	
c) Ruhestand ab 60 Jahren	Gesamt 19,1 pro Jahr 3,8	23,4 4,7	21,0 4,2	27,7 5,5	
d) bei 35 Std. Woche u. Ruhestand ab 60 Jahren	Gesamt 21,9 pro Jahr 4,4	26,8 5,4	24,0 4,8	31,7 6,3	

Bei Einführung der 35 Std. Woche würden einmalig ohne Berücksichtigung von Rationalisierungseffekten
ca. 38 000 neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen und ca. 18 000 für Fachschulabsolventen ge-
schaffen werden. (Stand 1982)

Tabelle 26

Anzahl der bestandenen Abschlußprüfungen an wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern seit 1970

Jahr	Bestandene Abschlußprüfungen und Promotion an wissenschaftl. und künstler. Hochschulen		Bestandene Abschlußprüfung an Fachhochschulen
	ohne vorherige Abschlußprüfung Anzahl	Promotion mit Abschlußprüfung Anzahl	
1970/71	9 457	2 018	-
1971/72	10 340	1 966	-
1972/73	10 640	1 856	4 490
1973/74	10 780	1 857	2 946
1974/75	10 809	2 022	2 467
1975/76	12 095	2 243	2 534
1976/77	12 757	1 920	3 443
1977/78	12 001	1 915	4 686
1978/79	11 752	1 950	6 201
1979/80	11 221	2 093	6 306
1980/81	11 051	2 126	6 003
1981/82	11 315	2 219	5 814
1982/83	13 181	2 323	6 364

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, "Bildung und Wissenschaft in Zahlen", 1984, S. 42 f.

Tabelle 27

Ersatzbedarf an Personal im höheren und gehobenen Dienst in Bayern (ohne Bildungsbereich) bei sukzessiver Einführung von Arbeitszeitverkürzungsmodellen 1982 bis 2002¹⁾
(Ersatzbedarf in 1 000 pro Jahr)

Ersatzbedarf von Hochschulabsolventen	Z e i t r a u m			
	1982-87	1987-92	1992-97	1997-2002
a) nach Erwerbsquote von 1980 (Status quo) gehobener Dienst	0,6	0,6	0,7	0,8
b) bei 35-Stunden/Woche ²⁾ gehobener Dienst	1,6	1,7	1,7	2,3
c) Ruhestand ab 60 Jahre gehobener Dienst	0,7	0,7	0,8	0,9
d) Ruhestand ab 60 Jahre und 35-Stunden/Woche ²⁾ gehobener Dienst	1,8	2,0	1,9	2,7
	0,9	0,8	1,0	1,3
	2,5	2,3	2,5	2,4
	1,0	1,0	1,1	1,5
	2,8	2,6	2,8	3,9

1) Ohne Rationalisierungseffekte, die bis zu 50 % des Zusatzbedarfs betragen können, eigene Berechnungen.

2) Sukzessive Einführung bei Neueinstellungen mit entsprechender Kürzung der Wochenarbeitszeit und des Arbeitsentgelts (Kostenneutralität).

Bei allgemeiner Einführung der 35-Stundenwoche könnten im höheren Dienst einmalig etwa 3 500 neue Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen, im Bereich des gehobenen Dienstes könnten etwa 10 000 zusätzliche Hochschulabsolventen Beschäftigung finden. Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, daß Rationalisierungsmaßnahmen die Zahl der neu gewonnenen Arbeitsplätze bis zur Hälfte wieder vermindern können.

Ersatzbedarf an Personal im höheren und gehobenen Dienst in Bayern (ohne Bildungsbereich) bei sukzessiver Einführung von Arbeitszeitverkürzungsmodellen und Berücksichtigung von Stellenkürzungen bzw. Rationalisierungsmaßnahmen (25 %) von 1982 bis 2002
(Ersatzbedarf in 1 000 pro Jahr)

Ersatzbedarf von Hochschulabsolventen	Zeitraum			
	1982-87	1987-92	1992-97	1997-2002
a) nach Erwerbsquote von 1980	0,4 1,2	0,4 1,3	0,5 1,2	0,6 1,7
b) bei 35-Stunden/Woche ¹⁾	0,5 1,4	0,5 1,5	0,6 1,4	0,7 2,0
c) Ruhestand ab 60 Jahre und 35-Std./Woche ¹⁾	0,8 2,1	0,7 1,9	0,9 2,1	1,2 2,9

1) Sukzessive Einführung bei Neueinstellungen mit entsprechender Kürzung der Wochenarbeitszeit und des Arbeitsentgelts (Kostenneutralität).

Entwicklung des gesamten Ersatzbedarfs an Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern bei sukzessiver Einführung von Arbeitszeitverkürzungsmodellen 1985 bis 2000¹⁾

(Gesamter Ersatzbedarf in 1000 für fünf Jahre)

Ersatzbedarf bei alternativen Arbeitszeitverkürzungsmodellen	Zeitraum		
	1985-90	1990-95	1995-2000
a) nach Erwerbsquoten von 1980 wissenschaftliche Hochschulen Fachhochschulen	27,0 15,2	27,2 14,8	31,1 17,7
b) bei 35-Stunden/Woche ²⁾ wissenschaftliche Hochschulen Fachhochschulen	30,9 17,4	31,1 16,9	35,5 20,2
c) Ruhestand ab 60 Jahre wissenschaftliche Hochschulen Fachhochschulen	47,8 23,4	44,1 21,0	54,1 27,6
d) bei 35-Stunden/Woche ²⁾ und Ruhestand ab 60 Jahre wissenschaftliche Hochschulen Fachhochschulen	54,6 26,8	50,4 24,0	61,9 31,7

1) Ohne Rationalisierungseffekte, die bis zu 50 % des Zusatzbedarfs betragen können, eigene Berechnungen.

2) Sukzessive Einführung bei Neueinstellungen mit entsprechender Kürzung der Wochenarbeitszeit und des Arbeitsentgelts (Kostenneutralität).

Bei allgemeiner Einführung der 35-Stundenwoche könnten einmalig ohne Berücksichtigung von Rationalisierungsmaßnahmen etwa 38 000 neue Arbeitsplätze für Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen und etwa 18 000 zusätzliche Arbeitsplätze für Fachhochschulabsolventen geschaffen werden. Rationalisierungsmaßnahmen können allerdings diesen zusätzlichen Personalbedarf bis zur Hälfte wieder vermindern.

